

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

166 (20.7.1921)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 5.50 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 5.50 M; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruher Abzügen abgeholt 5 M monatlich. — Einzelheft 20 Pf. Ausgabe: Wertags mittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Quisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einseitige Kolonelle 1.20 M. Die Restamezeile 3.50 M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Aus Oberschlesien

Frankreich will England hinausdrängen

Paris, 19. Juli. Der Londoner Korrespondent der „Chicago Tribune“, der über die starke Bestimmung berichtet, welche die französische Note in der Ferreign Office herbeigeführt hat, teilt u. a. mit, in amtlichen Kreisen spreche man offen die Vermutung aus, daß die Franzosen einen deutschen Aufstand in Oberschlesien zu provozieren suchen, um sich eine Rechtfertigung für die Besetzung des Ruhrgebiets und für einen starken militärischen Druck auf Deutschland zu verschaffen. Eine namhafte Persönlichkeit der Regierung habe erklärt, England werde immer näher zu der Schlussfolgerung gedrängt, daß es das beste sei, dem amerikanischen Beispiel zu folgen und sich von den kontinentalen europäischen Angelegenheiten zurückzuziehen.

England — Frankreich — Oberschlesien

Paris, 19. Juli. Der Londoner Korrespondent des „Reit Pacific“ schreibt, die englische Regierung habe noch keine Stellung zur oberschlesischen Note genommen. Nach der Aussage, die er angestellt habe, scheint das Foreign Office der Ansicht zu sein, daß die augenblickliche Lage die Entsendung von Verstärkungen, die die französische Regierung vorschlägt, nicht rechtfertigt. Ohne daß das Londoner Kabinett seinen Vorschlag zugunsten einer sofortigen Regelung der oberschlesischen Frage aufgeben will, scheint es keineswegs die Absicht zu haben, auch nur eine Brigade nach Oberschlesien zu entsenden. Der „Matin“ schreibt, daß die englische Antwort über die oberschlesische Frage noch heute in Paris eintreffen wird und daß man dann erst sagen könne, wann der Oberste Rat zusammentreten wird. Ein französischer, der Schweiz benachbarter Bezirk könne dafür in Frage kommen, da Lord George sich im August in der Schweiz aufhalten soll und die italienischen Delegierten leicht hinkommen könnten. Der „Matin“ beschäftigt im übrigen durch seinen Londoner Korrespondenten, daß die britische Schärfe nicht genügt sei, ihre Truppenmacht in Oberschlesien zu vergrößern, da die Aufgabe, auf die Ministerpräsident Briand in seiner Note angespielt habe, nicht mit den optimistischen Berichten der englischen Vertreter übereinstimmt, die der englische Kommissar in Duppeln erhalten habe.

Berlin, 20. Juli. Nach einer Meldung aus Breslau haben in den letzten Tagen in einigen Bezirken des Kreises Gleiwitz wiederum Schießereien der Insurgenten stattgefunden. In Streikern richtete eine Bande mit Handgranaten an Gebäuden einen beträchtlichen Schaden an. Einer weiteren Vätermeldung aus Oberschlesien zufolge, sind die Leichen des Amtsvorstehers Wagener, Geschwornen des Polizeiwachmeisters Richter aus Abnühl und des Gerichtsbeamten Seidel aus Ratibor aufgefunden worden. Seidel und Richter wurden aus einem Zuge, der unter dem Schutz der Interalliierten Kommission nach Ratibor fuhr, von den Insurgenten herausgeholt und erschossen. Die Verletzungen der Leichen, die im Walde verstreut aufgefunden wurden, deuten darauf hin, daß diese beiden Deutschen von den Insurgenten in bestialischer Weise zu Tode gemartert worden.

Spannung zwischen Frankreich und England

London, 19. Juli. „Daily Express“ vertritt, von ausländischer Seite gehört zu haben, daß zwischen den Regierungen von Großbritannien und Frankreich infolge der Differenzen über die oberschlesische Frage eine zunehmende Spannung eintrete. Die britische Regierung weigere sich rüchwendig, weitere Truppen zu entsenden, da sie überzeugt sei, daß hierfür keine Notwendigkeit bestehe.

Neutrale Stimmen zur oberschlesischen Frage

Kopenhagen, 19. Juli. „Politiken“ beschäftigt sich mit der oberschlesischen Frage und verurteilt den Standpunkt der französischen Regierung. Das Blatt schreibt: Obwohl alle anerkennen, daß der Zustand in Oberschlesien unerträglich ist und daß es Frankreich aus wirtschaftlichen Gründen interessiert, daß Deutschland bald zur Ruhe kommt, um seine Verpflichtungen zu erfüllen, besteht zurzeit die größte Aussicht dafür, daß der französische Verschiebungspunkt steigt und daß die oberschlesische Frage erst im Herbst ihre Entscheidung finden werde.

Paris, 19. Juli. Der diplomatische Mitarbeiter der „Chicago Tribune“ glaubt zu wissen, daß über die Entsendung einer vollen Infanteriedivision zur Verstärkung des französischen Kontingents in Oberschlesien in einer Kammer Sitzung entschieden werden würde. Man erfahre indessen, daß Frankreich auf alle Fälle keine Truppen in Oberschlesien verstärken werde, gleichgültig, ob zu gleicher Zeit die englischen und französischen Streitkräfte verstärkt würden oder nicht.

Scharfe englische Kritik an Frankreichs Vorgehen in Oberschlesien

London, 19. Juli. „Evening Standard“ schreibt zu der französischen Mitteilung betr. Oberschlesien, offenbar plane Frankreich wieder ein isoliertes Vorgehen. Die französische Mitteilung besage, Frankreich schlage die Entsendung von Verstärkungen vor und biete die Abwendung einer Division an. Nach einer Berliner Meldung aber sei der deutschen Regierung bereits mitgeteilt worden, daß eine Division ohne Bezug abgeben werde. Das Blatt sagt, der Krieg sei doch schließlich fast be-

nahe drei Jahren zu Ende. Es sei gefährlich, bei der deutschen Regierung und besonders bei den Führern der deutschen Irregulären den Eindruck zu erwecken, daß Frankreich auf eigene Faust vorgehe. Deshalb müsse Frankreich ebenso dringend wie ernst darauf hingewiesen werden, daß einzig wahre und sichere Zugeständnisse ein gemeinsames Vorgehen der Alliierten bringe und daß dieses Vorgehen auf eine sofortige und endgültige Regelung der oberschlesischen Frage abzielen müsse.

„Westminster Gazette“ schreibt: Die Entsendung neuer Truppen, um die Deutschen in Ordnung zu halten, bringt uns der Lösung nicht näher, wenn nicht die gleiche Maßnahme gegen die Polen angewandt wird. Eine erneute Zusammenkunft von Sachverständigen kann nur den einen Erfolg haben, eine neue Verzögerung herbeizuführen. Ein Kompromiß zwischen dem englischen und dem französischen Standpunkt ist in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung schlecht, das ein Gebiet aus einanderreißend würde, das wirtschaftlich zusammengehört. Aber alles andere ist besser als die Fortdauer der gegenwärtigen Unsicherheit. Das Blatt richtet einen scharfen Appell an Frankreich, die Politik des Hinhaltens aufzugeben, damit Frankreich und England einig nach Washington gehen könnten.

Die Aufhebung der Sanktionen?

London, 19. Juli. Im Unterhaus hat Lord George in Beantwortung einer Anfrage bezüglich der Sanktionen gesagt, daß die Angelegenheit der Aufhebung der Sanktionen ausführlich in der nächsten Sitzung des Obersten Rates besprochen werden wird.

Der Sozialist Longuet gegen die Besetzung deutscher Gebiete

Paris, 19. Juli. Der französische Sozialist Longuet wird von der in nationalen Führern regelnden „Republique française“ wegen seines vernichtenden Urteils über das schlechte Betragen der Besatzungstruppen im Rheinland, das er persönlich feststellte, scharf angegriffen. Ueber seine Eindrücke im Rheinland äußerte sich Longuet u. a.: Jede Besetzung hat in allen Zeiten die schlimmsten Folgen für die künftigen Beziehungen unter den Völkern gehabt. Trotz der Gutmütigkeit der meisten Soldaten existiert im Rheinland der Geist der Schilane. Dieser äußert sich in der theatralischen Aufmachung, den Fanfaren der Clairons, den Karaden in glänzender Uniform mit Gewehren und Kanonen mit der einzigen Absicht, den Einwohnern des besetzten Gebietes einzujammern, daß sie besetzt seien. Das sind jedoch nur die oberflächlichen Eindrücke. Unendlich schmerzlicher sind die Folgen der Besatzungspolitik, wie sie kürzlich in einer glänzend dokumentierten Rede eines Kölner Abgeordneten im Reichstag dargelegt wurde: Das Einsetzen des Handels, das Darneberlegen der Industrie, die Auslagerung der Arbeiter. Die Kinder können nicht mehr unterrichtet werden, da die Schulen — in Düsseldorf z. B. mehr als 80 — von den französischen Truppen belegt und die Kinder auf die Straße gesetzt worden sind.

Die Stadt Leuka umstellt

Berlin, 20. Juli. Die Stadt Leuka wurde gestern nachmittag 2 1/2 Uhr von einem großen Aufgebot französischer Truppen umstellt. Man drang in die Häuser ein und durchsuchte den ganzen Ort nach Waffen aber ohne jeden Erfolg.

Silberfuge aus der Pfalz

Ludwigshafen, 19. Juli. Der Stadtrat von Ludwigshafen hat in seiner heutigen Sitzung einstimmig einen von sämtlichen Parteien eingebrachten Antrag angenommen, in dem es u. a. heißt: Der Stadtrat der Arbeiterstadt Ludwigshafen erkennt an, daß die Reichsregierung durch pünktliche Erfüllung der uns im Londoner Ultimatum auferlegten Verpflichtungen alles getan hat, um die Aufhebung der Sanktionen zu beschleunigen. Will umso größerer Enttäuschung stelle er aber auch fest, daß alle Beweise besten Willens bis zur Stunde ohne Erfolg geblieben sind. Die wirtschaftliche Not steigt auf höchste; der Zusammenbruch ist kaum mehr aufzuhalten. Die Industrie bleibt ohne Aufträge. Betriebsstilllegungen müßten bereits erfolgen; neue Stellen bevor. Dazu wird die ohnedies schon unzureichende Wohnraumnot in Ludwigshafen durch die Notwendigkeit der Unterbringung der mit dem Vollzug der Sanktionen beauftragten Organe aufs äußerste gesteigert. Durch das neuangeworfene Loch im Westen strömen tausend unnütze Waren herein, die die Kaufkraft unseres Geldes vermindern und wichtige Zweige unseres Wirtschaftslebens gefährden. Zum Schluß bittet der Stadtrat dringend, auch weiterhin unermüdlich mit allen Mitteln die Aufhebung der Sanktionen betreiben zu wollen.

Zunehmende Leuerung — Lohnerhöhungen

Berlin, 20. Juli. Der „Vorwärts“ deutet auf die bevorstehenden Lohnerhöhungen im Zusammenhang mit der großen Brotpreiserhöhung hin. Das Blatt schreibt: Der Arbeiter, der Beamte, der Angehörige des kleinen Mittelstandes können diese Mehrausgabe nicht leisten. Eine fünfstufige Familie soll in Zukunft im Jahre nur auf Marktbrot 500 Mark mehr bezahlen als jetzt. Den Arbeitern wird nichts anderes übrig bleiben, als mit allen Mitteln, die ihnen ihre Organisation gibt, den Lohn in die Höhe zu treiben. Nach den Mitteilungen einer Berliner Lokalforschung werden zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitern und Angestelltenverbänden in den nächsten Tagen in der Zentralarbeitsgemeinschaft Verhandlungen stattfinden, um einen Ausgleich für die bevorstehende Verteuerung des Brotes zu finden.

Keine Amnestie für Hölz

Berlin, 20. Juli. Gegenüber der Zeitungsansicht, nach der erwogen wird, eine Begnadigung oder geringere Strafe für Hölz durchzusetzen, erklärt die Telegrammen-Liga von unabhängiger Stelle, daß man an solche Begnadigungen überhaupt nicht denke.

Rußlands Hungerkatastrophe

„Rußland kann uns helfen!“ haben wir die deutschen Kommunisten rufen gehört. „Deutschland hungert, Rußland hat Brot, landwirtschaftliche Produkte im Überfluß. Das Bündnis mit Sowjetrußland ist Deutschlands Rettung!“ Jetzt aber tönt Maxim Gorkis verzweifelter Ruf über den Erdball: „Rußland verhungert! Sendet Brot und Medikament! Helft uns!“

Was die deutschen Kommunisten sagten, ist richtig in den Worten der Theorie. Was Maxim Gorki in die Welt hinaus schreit, ist die furchtbare Wirklichkeit.

Rußland, das vor dem Kriege ungeheure Mengen von Lebensmitteln im Austausch von Industrieprodukten an die Länder der übrigen Welt abgab, hat heute nicht mehr genug, um sein eigenes Volk zu ernähren. Rußland, das bei einer rationellen Wirtschaft schlecht gerechnet das Doppelte an Lebensmitteln erzeugen könnte, als es vor dem Kriege erzeugt hat, ist tief unter seine frühere Produktion, vielleicht bis auf die Hälfte, herabgesunken.

Bis jetzt hat in Europa die Vorstellung geherrscht, daß zwar die Bevölkerung der Städte hungere, weil die Sowjetregierung nicht imstande sei, ihr die nötigen Nahrungsmittel zuzuführen, daß aber der Bauer noch immer sein Auskommen finde. Rußland ist heute, das darf man keinen Augenblick übersehen, durchaus kein nach sozialistischen Wirtschaftsgrundsätzen verwaltetes Land, nur einige tausend Industrieunternehmen sind einem unbedingten Staatssozialismus unterworfen; auf dem Lande aber ist gerade erst durch die Revolution das bäuerliche Privateigentum an Grund und Boden geschaffen worden. Durch die Aufteilung des Großgrundbesitzes wurden mehr als 15 Millionen privater Bauernwirtschaften errichtet, die von der Sowjetverwaltung ziemlich unberührt auf eigener Scholle schalten und walten. Den Wirtschaften, die in der Nähe der großen Städte liegen, oder die von militärischer Requisitionen besonders stark heimgesucht wurden, blieb in manchen Fällen allerdings kaum so viel übrig, daß den Erzeugern ein ausreichender Anteil gesichert war. Neuerdings aber hat Lenin ein dem deutschen Umlageverfahren ähnliches System ziemlich unberührt auf eigener Scholle schalten und walten. Den Wirtschaften, die in der Nähe der großen Städte liegen, oder die von militärischer Requisitionen besonders stark heimgesucht wurden, blieb in manchen Fällen allerdings kaum so viel übrig, daß den Erzeugern ein ausreichender Anteil gesichert war. Neuerdings aber hat Lenin ein dem deutschen Umlageverfahren ähnliches System ziemlich unberührt auf eigener Scholle schalten und walten. Den Wirtschaften, die in der Nähe der großen Städte liegen, oder die von militärischer Requisitionen besonders stark heimgesucht wurden, blieb in manchen Fällen allerdings kaum so viel übrig, daß den Erzeugern ein ausreichender Anteil gesichert war. Neuerdings aber hat Lenin ein dem deutschen Umlageverfahren ähnliches System ziemlich unberührt auf eigener Scholle schalten und walten.

Ihre hauptsächlichste Ursache liegt in einer schweren Missernte, von der das östliche Rußland infolge anhaltender Trockenheit betroffen worden ist. Das Verlangen des Bodens ist so vollständig, daß der Landbevölkerung nicht nur nichts übrig bleibt, was sie abgeben könnte, sondern daß ihr sogar dasjenige fehlt, was sie brauchen würde, um sich selber bis zur nächsten Ernte zu ernähren. Die Folge davon ist, daß Millionen, von einer wahnwitzigen Furcht vor dem kommenden Ergriffen, ihre sonnenverbrannten Lecker verlassen und sich nach der Art einer neuen Völkerverwanderung in ungeheuren Schwärmen einem ungewissen Schicksal entgegen weiter nach Osten wagen.

Die Missernte in Ostrußland hätte aber bei zweckmäßiger Bewirtschaftung des Bodens kaum einen so vernichtenden Umfang annehmen können. Auch bei günstigen klimatischen Verhältnissen erzeugt der russische Acker noch nicht die Hälfte von dem, was unter schlechteren äußeren Bedingungen der deutsche Acker hervorbringt. Durch bessere Wirtschaft hätte zwar die Missernte selbst nicht vermieden werden können, wohl aber wäre sie wahrscheinlich bis auf ein Maß zu mildern gewesen, das der Landbevölkerung das nackte Durchkommen gerade noch ermöglicht.

Der zweite Grund, warum sich die ostrussische Missernte zu einer Volkskatastrophe von noch nie erlebtem Umfang auszuweiten konnte, liegt in dem Fehlen eines zweckmäßigen Verteilungssystems und eines funktionierenden Transportwesens. Es gibt für die ostrussischen Bauerngemeinden keine Möglichkeit, aus Gebieten mit besseren Erträgen Zufuhren heranzuleiten und für sie irgend eine Gegenleistung zu bieten. Unter normalen Verhältnissen wären schlimmstenfalls durch Aufnahme von Hypotheken Geldmittel zur Heranschaffung von Lebensmitteln aufzubringen gewesen, die russische Wirtschafts-anarchie schneidet den Bauern auch diese Möglichkeit ab, ohne ihnen eine andere zu bieten.

Darum ist auch zu fürchten, daß selbst die größte Hilfsaktion ohne Erfolg bleiben wird. Die gewaltigsten Getreidelieferungen, die nach Petersburg oder nach Odessa gebracht würden, könnten ihren Zweck nicht erreichen, wenn die Transportmittel fehlen, wenn die Organisation fehlt, um die Gaben denen zuzuleiten, die die allergrößte Not leiden.

Furchtbare Dinge werden sich in Rußland ereignen. Denn wenn selbst die Bevölkerung der sonst ertragreichsten Gegenden vom Hunger gepeinigt ihre Scholle verläßt, ist nicht abzusehen, wie im nächsten Winter und Frühjahr das Ernährungsproblem auch der großen Städte gelöst werden soll.

Und dabei ist weder gewiß, ob diese wirtschaftliche Katastrophe politische Folgen haben wird, noch ob man diese Folgen überhaupt wünschen kann. Man sieht wohl Kräfte

nkuch & C
etroffen:
weiterer
Boggon
vetia
arme-
len u.
fitüren
elgelee
6.50
65.-
elbeer
Apfel
6.—
nnis-
Apfel
beer
Apfel
5.50
iebene
fitüren
uch & C
h-
nzüge
e Hosen
en offeriert
5093
raubs
aufgeschafft
2, Tel. 3747
und poliert,
zu ver-
5242
28, 2. St. z.
sin“
pfläuse
s nehmen!
alen Apo-
Drogenien.
IEN
T
o-
arf
u.
in
:
eund“
onstr. 24
artei
ermittlung
z.
fsejahr.
tang.
itag und
Arbeiter-

am Werke, die das unglückliche Land in noch tieferes Elend herabstößen möchten, aber keine, die imstande sind, es zu erlösen.

Nur das eine ist klar, daß jedes Volk, das dem russischen Beispiel nachsehen wollte, jehenden Auges sich selber den Untergang bereiten würde.

Kommunistische Parzellebäume Die deutsche KPD. gegen Moskau

Der Kongreß der Dritten Internationale in Moskau hat bekanntlich an die kommunistische Arbeiterpartei die Aufforderung gerichtet, sich der KPD. anzuschließen, andernfalls sie aus der Dritten Internationale ausgeschlossen und auch nicht mehr als „sympathisierendes Mitglied“ anerkannt werden soll.

Das hat der Weltkongreß dadurch bewiesen, daß er den Brandler, diesen Henegaten und Verräter an den Märzämpfern, zu seinem Ehrenvorsitzenden wählte und Max Göls, den Märzläufer der Tat, mit schulmeisterlicher Verachtung strafte.

Das hat der 3. Weltkongreß dadurch bewiesen, daß er die italienischen Sozialdemokraten, dieses parlamentarische Sammelurium, in die 3. Internationale aufnahm und die kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands, die Elite des deutschen revolutionären Proletariats, und die belgischen und bulgarischen „Linken“ von sich stieß.

Genossen! Die kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands selbst ist sich einig in dem Bewußtsein, daß es einer Schande gleichkäme, noch länger dieser Internationale anzugehören. Sie beantwortet das Ultimatum des 3. Weltkongresses mit der Kriegserklärung!

Die kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands wird nicht müde werden, diese 3. Internationale, wie bisher von innen, nunmehr von außen zu benennen und bekämpfen. Sie wird das bis zu dem Tage tun, an dem die 3. Internationale für die proletarische Revolution sich zu den von ihr angewandten Kampfmethoden bekennt.

Die Zugehörigkeit der kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands zur 3. Internationale ist keine Organisationsfrage. Sie ist die Frage: Reformismus oder Revolution! Der 3. Weltkongreß hat sich zum Reformismus bekannt. Die kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands sieht zur proletarischen Revolution!

Genossen! Entscheidet! Wollt ihr den Reformismus, so geht mit dem 3. Weltkongreß! Wollt ihr die proletarische Revolution, so geht mit uns!

Entscheidet! Es gibt nur diese Alternative! Zwei Feinde stehen sich in getrennten Lagern mit verschiedenen Waffen gegenüber. Entscheidet, auf welcher Seite und mit welchen Waffen ihr kämpfen wollt!

Die KPD. setzt also den Narentanz, den die KPD. gegenüber der Sozialdemokratie und den Unabhängigen aufstellt, gegenüber der KPD. und der ganzen Dritten Internationale weiter fort. Die selben geschwollenen Redensarten, die die Kommunisten gegen die „Menschewitz“ zu schleudern pflegen, werden nun trommelnd gegen die Kommunisten selber abgefeuert. Proklamieren die KPD. den Kampf mit allen Mitteln gegen Sozialdemokraten und Unabhängige, so proklamieren die KPD. denselben Kampf mit denselben Mitteln gegen die KPD.

für unsere Frauen

Wochenhilfe und Wochenfürsorge nach dem am 7. Juli vom Reichstage verabschiedeten Gesetz

1. Wer erhält Wochenhilfe oder Wochenfürsorge?
 - a) Jede weibliche Person, die im letzten Jahre vor der Niederkunft mindestens sechs Monate hindurch gegen Krankheit versichert gewesen ist
 - b) jede Frau eines Versicherten, sowie jede Tochter oder Stieftochter, welche mit dem Versicherten in häuslicher Gemeinschaft lebt, falls der Versicherte im letzten Jahre vor der Niederkunft mindestens sechs Monate hindurch gegen Krankheit versichert gewesen ist;

Der Kämmerfrieder

Von Karl Salm-Leinadwerke bei Merxburg

(Schluß.)

Ja, er war ein großer Wohlthäter vor dem Herrn und vor den Menschen! Und nun tot! Schon lief am Nachmittag der alte Leichenbitter Schmerzreich mit der immer tieftraurigen Miene in die Bürgerhäuser und meldete die Katastrophe mit den Worten an: „Gute Tag, s'jamme. Der Herr Karionische-Farwandt Krachbader ist gestorbe, dr Herr sein gnädig, um inwermoge ich die Bisth. Im Nom dr Familie richt ichs Ihnäs is. Gute Tag s'jamme!“ Man getraute sich den alten Leichenbitter nicht auszufagen, sah doch der arme Mann aus, als würde er seinen eigenen Tod selbst bekannt geben.

Gegen Abend überführte man die sterblichen Ueberreste des großen Mannes nach der Leichenkammer der Friedhofshalle. Denn er war schnell in Verwesung übergegangen. Der Hallenwächter hatte vorher ausgeräumt gehabt und über den Kämmerfrieder ein altes Leintuch gebreitet. Bald brachten zwei Schreinergejellen die letzten Betten und stellten sie gegen die Wand. Am andern Morgen wollte man die Toten dann einsargen. Schauerlich tönten die Schritte der Abgehenden. Die Dämmerung senkte sich nieder; aus einer Ecke kam langsam eine Spinne, kroch auf die Bretter und lief über den Körper des Krachbaders entlang. Ueber sein glattes Gesicht lief sie hinweg wanderte dann hinüber zum Kämmerfrieder und flügelte in dessen Bart herum. Kläglich erschrak sie und flüchtete in ihre Netz zurück. Eigenartige Töne waren zu hören in dem kalten Raum. Das waren die Geise, die den Leibern entwichen. Der Mond blickte durch das einzige, vergitterte Fenster. Auf der Bretter waren jetzt besser die Spuren sichtbar die die andern, hier Gelagerten zurückgelassen hatten. Wie eingezigt in den Finckel lag der Hdrud, verurteilt durch den letzten Schweiß, zu schauen.

Gegen 10 Uhr morgens erschienen der Meister mit den beiden Gejellen. Vorher hatte jemand einige Schachteln gebracht gehabt, die die Kleidungsstücke für den Fabrikanten enthielten. Der Friedhofswärter machte nun die letzte Toilette, rasierte und kleidete den Reichen an, so daß er bald paradeschön dalag. Aus vier Brettern und zwei Brettern bestand das letzte Bett des Kämmerfrieders, ausgepolstert mit einigen Hobelspänen. Ueber die Lade für den Fabrikanten war in modernem Stil gehalten, gepolstert und mit Seide ausgefächelt, dazu ein prächt-

(unter a) und b) fallen auch die freiwilligen Mitglieder von Erbschaften, welche beim Ausscheiden aus der Versicherungs-pflicht zur Weiterversicherung bei einer Krankentasse oder knappschaftlichen Krankentasse berechtigt gewesen wären, und welche seitdem der Erbschaft ununterbrochen angehört haben.)

c) jede munderbemittelte Deutsche, die einen Anspruch aus a) und b) auf Wochenhilfe nicht hat, falls ihr und ihres Ehemannes Gesamteinkommen, oder, falls sie alleinstehend, ihr eigenes Einkommen in dem Jahre oder Steuerjahre vor der Entbindung den Betrag von zehntausend Mark (bisher 4000 M.) nicht überstiegen hat. Für jedes vorhandene Kind kommen dazu noch 500 M.

II. Worin bestehen die Leistungen der Wochenhilfe oder Wochenfürsorge?

1. Ärztliche Behandlung, falls solche bei der Entbindung oder bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich wird. Diese Bestimmung tritt in Kraft, sobald die erforderliche Verständigung zwischen Aerzten und Krankentassen erreicht ist.

2. Betrag zu den Kosten der Entbindung in Höhe von 100 Mark, (bisher 50 M.);

3. Wochenlohn für zehn Wochen, von denen mindestens sechs in die Zeit der Niederkunft fallen müssen. Das Wochenlohn beträgt:

für die unter I a) genannten weiblichen Versicherten die Höhe des Krankengeldes, jedoch mindestens 4,50 M. täglich (bisher 1,50 M.), für die unter I b) und c) Genannten 3 M. täglich (bisher 1,50 M.).

Das Wochenlohn für die ersten vier Wochen ist spätestens mit dem Tage der Entbindung fällig. Neben dem Wochenlohn für die Zeit nach der Entbindung wird Krankengeld nicht gewährt.

4. Stillgeld, falls die Wöchnerin ihr Kind stillt, für zwölf Wochen, das Stillgeld beträgt:

für die unter I a) Genannten die Höhe des halben Krankengeldes, jedoch mindestens 1,50 M. täglich (bisher 0,75 M.); für die unter I b) und c) Genannten 1,50 M. täglich (bisher 0,75 M.);

5. Solange die unter 1. erwähnte ärztliche Behandlung noch nicht durchgeführt ist: Beihilfe für Hebammenbesuche und ärztliche Behandlung, falls solche bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich werden, in Höhe von 50 M. (bisher 25 M.).

III. An wen ist der Antrag auf Gewährung der Wochenhilfe oder Wochenfürsorge zu stellen?

1. Die unter I a) genannte versicherte Wöchnerin eben so wie die unter I b) genannte Familienangehörige eines Versicherten hat den Antrag bei dem Versicherungsamt ihres Wohnortes oder Bezirks zu stellen.

In beiden Fällen geschieht die Auszahlung durch die Krankentasse.

Es ist auf alle Fälle rathsam, den Antrag möglichst frühzeitig vor der Entbindung einzureichen.

IV. Was geschieht, wenn die Wöchnerin oder der unter I b) genannte Versicherte sterben?

1. Stirbt eine Wöchnerin bei der Entbindung oder während der Unterstützungsberechtigungszeit, so werden die noch verbleibenden Beträge an Wochen- oder Stillgeld, welche andernfalls an sie gezahlt worden wären, an denjenigen gezahlt, der für den Unterhalt des Kindes sorgt.

2. Ist der unter I b) genannte Versicherte vor der Niederkunft gestorben, so wird die Wochenhilfe trotzdem gewährt, wenn die Niederkunft innerhalb neun Monaten nach dem Tode des Versicherten erfolgt.

V. Die Wochenhilfe wird unter allen Umständen nur einmal gewährt. Ist eine Wöchnerin bei mehreren Kassen versichert, oder ist sie und ihr Mann versichert, so erhält sie lediglich die für die unter I a) Genannten in Frage kommende Wochenhilfe.

VI. Das hier benannte Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung, das heißt, wahrscheinlich in etwa drei Wochen, in Kraft. Bis dahin bleiben die jetzt geltenden Bestimmungen bestehen.

Vollversammlung der badischen Landwirtschaftskammer

D3. Karlsruhe, 15. Juli. Die badische Landwirtschaftskammer führte heute ihre Beratungen zu Ende. Direktor Dr. Müller begründete einen Antrag auf Errichtung einer Reichslandwirtschaftskammer auf gesetzlicher Grundlage. Sie solle aus gewählten Vertretern der Gesamtverbände des landwirtschaftlichen Berufsstandes in den einzelnen Ländern in einem ihrer wirtschaftlichen Bedeutung entsprechenden Zahlenverhältnis zusammengesetzt sein, wobei aber kein Land die unbegrenzte Mehrheit der Vertreter haben dürfte. In ihr sollen

wolles Stroh mit geschliffenen Aufsätzen, bronzene Griffe und Beschläge, Spitzenbedeckung, dann auf dem Deckel ein aus Metall getriebenes Kreuzföhr; das war das letzte Bett des Reichen. Man wollte noch warten bis zum Nachmittage mit dem Einsargen; aber die Körper roden nicht mehr menschlich. Auch erwartete man die Berliner Tante, die ihren Neffen noch einmal sehen wollte, doch die Gejellen meinten, es sei höchste Zeit. Der Meister ging mit dem Hallenwächter hinaus, um einen hinter die Bunde zu gehen. Und während der Abschiedsfeier der Weiden jagte der eine Schreinergejelle zu seinem Kollegen: „Wenn ich den armen Alten da betrachte, vermeine ich meinen Vater selig zu schauen, da er auch so arm und gottverlassen dazulegen war.“ Der Kämmerfrieder hatte sonderbare Betten in seinem Leben gehabt. Kollege, komm! wir legen ihn ins Krundbett!“ Und so geschah es. Der Frabrilant kam in den Armeejarg, der Kämmerfrieder in die eigene Ruhestätte. Und als der Hallenwächter mit dem Schreinermeister wieder erschienen, war der Tausch vollendet.

Tags darauf läuteten drei Glocken um die 10. Stunde. Die halbe Stadt war versammelt auf dem Friedhofe. Angehörte und Arbeiter, Verwandte und Bekannte brachten Blumenpenden in Hülle und Fülle. Ein Musikkorps spielte eine Trauermelodie als der Sarg auf den Wagen gehoben wurde. Ein Gesangsverein sang, während drei Priester erschienen und fleißig Gebete aus kleinen Büchlein lasen. Dann setzte sich der Zug in Bewegung. Als man den Sarg hinabließ in die feuchte Grube, ging ein Pföhrlein durch alle Anwesenden. Und viele Mütter und Frauen dachten mit Sorge an die Zukunft der Nhrigen. Nun sangen noch die Arbeiter ein Loblied auf ihren Unterdrücker. Da meinten viele vor Rührung und Ergreifenheit, daß und herzlos wickelten sich die Zeremonien der Priester ab. Dann hielt der Synodus der Kaufmannschaft eine Rede, als wenn ein Hofschid hier liegen würde. Der Bürgermeister sprach auch einige Worte des Preises und der Anerkennung, dann sangen die Arbeiterlänger: Jerusalem, du hochgebaute Stadt! vierstimmig, worauf die ersten Schollen ins Grab geworfen wurden. Dann leerte sich allmählich die Stätte. Eine Stunde später wimmerte eine Glocke: der Kämmerfrieder wird zur letzten Stätte gebracht. Vier Männer trugen ihn von der Halle bis zum Grabe, wo der protestantische Geistliche schon ungeduldig wartete. Dreimal mußten die Träger unterwegs ausruhen und sie waren maßlos erstaunt über die schwere Last. Um das Grab herum hatten sich der Herbergswirt und einige

außerdem die großen landwirtschaftlichen und genossenschaftlichen Reichsorganisationen eine angemessene Vertretung haben. — In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß darauf hingewirkt werden müsse, daß das Uebergewicht Preußens in dieser Reichskammer nicht zu sehr dominiere und Baden seiner Bedeutung entsprechend vertreten sei. Direktor Dr. Müller betonte, daß die Befürchtungen bezüglich einer Majorisierung Preußens nicht so drohend sei. Baden werde wahrscheinlich vier Vertreter erhalten. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung „Herausgabe einer einzigen landwirtschaftlichen Fachzeitschrift“, über den Geh. Rat Salzer referierte, gab zu einer lebhaften Debatte Anlaß. Der Referent stellte den Antrag: Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer erklärte die Vereinigung der zur Zeit bestehenden vier verschiedenen landwirtschaftlichen Fachzeitschriften für zweckmäßig und dringlich erwünscht. Sie beschließt zur Erreichung dieses Zieles mit den betr. landwirtschaftlichen Körperschaften des Landes in Verbindung zu treten. — Freiherr v. Menkingen lehnt namens des Bauernvereins eine derartige Vereinigung ab. In der Diskussion werden eine Reihe von Gründen für und wider den Antrag vorgebracht, der schließlich mit 21 gegen 13 Stimmen angenommen wurde. Personalreferent Dr. Buchegger berichtet über die Neufassung der Beurlaubungsordnung. Ein Antrag, daß in Zukunft jeder ordentlichen Vollversammlung ein zahlenmäßiger Bericht über den Beamtentand der einzelnen Abteilungen vorgelegt werde, wird einstimmig angenommen.

Einen besonders breiten Raum der Verhandlungen nahm naturgemäß die Aufstellung des Voranschlags ein, über die der geschäftsführende Direktor Dr. Müller referierte. Da sich die Landwirtschaftskammer zur Zeit in einer missigen Lage befindet, bedarf sie eines beträchtlichen staatlichen Zuschusses, der auf 800 000 M. veranschlagt wird. Da sich aber die Regierung und das Land selbst nicht in einer Lage befinden, wo es ihnen möglich wäre, solch große Summen der Kammer zur Verfügung zu stellen, so muß diese sehen, auf welche Weise sie das Defizit deckt. Der Zuschuß der Regierung wird sich mit Zustimmung des Landtages auf 150 000 M. wohl beschränken. Es bleibt also ein Defizit von circa 650 000 M. zu decken. Dies kann geschehen durch Veräußerung der Ausgaben oder beträchtliche Erhöhung der Umlagen. Wie Dr. Müller betont, sei eine Veräußerung der Ausgaben kaum möglich. Die Umlage müsse auf 88 Pfg. erhöht werden. Der Voranschlag baut sich bereits auf einer Erhöhung der Umlage von 40 auf 60 Pfg. auf. — Staatsrat Weishaupt, Viernsehl und andere lehnen die Umlageerhöhung ab. Die fehlenden Summen sollten durch Währliche erübrigt werden. Ein Antrag Freiherr v. Menkingen, der die Streichung der neuen Betriebsabteilung (44 000 M.) verlangt, wird angenommen. Ein Vermittlungsantrag Red setzt die Umlage auf 70 Pfg. fest. Dieser Antrag wird angenommen unter der Voraussetzung, daß der Kammer die von der Regierung verlangte Summe nicht zur Verfügung gestellt werde und zwar dann nur für das Jahr 1921.

Graf Douglas bringt folgenden Antrag ein: Die Landwirtschaftskammer behält sich vor, zu der Verhandlung des Landtages über die beanstandeten Vorgänge in der Landwirtschaftskammer Stellung zu nehmen, wenn ihr das Ergebnis über die vom Ministerium des Innern hierüber zu veranlassenden Erhebungen mitgeteilt ist. Sie hat den Eindruck, daß die in die Presse gelangten Veröffentlichungen zum großen Teil entstellend sind. Graf Douglas führt dazu aus, die Landwirtschaftskammer und ihre Vorstand müßten wieder zusammenarbeiten können mit der Regierung und dem Landtag. Namens der Vorstandsmitglieder versichert er, daß der neue Vorstand mit aller Energie und Rücksichtslosigkeit aufzuräumen werde mit allem, was an die Kriegswirtschaft erinnere. Der Antrag wird nur einen Bejag zeigen zu einem neuen Leben der Kammer. Nach der Erledigung einiger weiterer Anträge und Wünsche schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Soziale Rundschau

Die Lage des Arbeitsmarktes

Eine nennenswerte Besserung ist auch in der Berichtsmode nicht zu beobachten. Zwar ist die Zahl der unterstützten Erwerbslosen wiederum um 174 gesunken, sie beläuft sich gegenwärtig auf 3706 (3545 Männer und 160 Frauen). Andererseits ist die Kurzarbeiterziffer wieder gestiegen, am Ende der Berichtsmode waren 3197 Männer und 91 Frauen als unterstützte Kurzarbeiter gemeldet; die Summe der an sie ausbezahlten Beträge belief sich auf 200 618,40 M., während an eigentlichen Erwerbslosenunterstützungen 284 804,07 M. verausgabt wurden. Die Notstandsarbeiterziffer hielt sich annähernd auf gleicher Höhe wie in der Vormode. Soweit eine Besserung eingetreten ist, betrifft sie hauptsächlich das Baugewerbe, sodann verschiedene Betriebe der chemischen Industrie.

So eine Beerdigung wünsche ich mir auch“, meinte der Musikantenpeter, der auf seiner Wanderjagd mit der Mundharmonika musizierte und seiner Beklei die richtigen Töne gab. Und die Schreinergejellen lachten und leerten noch manches Glas in der Herberge auf das Begräbnis des Kämmerfrieders. Und kommt Du Wanderer jetzt auf der Friedhof, so wird Dir ein großes Marmormonument ins Auge fallen. In Goldlettern steht unten am Sockel: „Veser machen, besser werden war sein höchstes Glück auf Erden. Nun erwidert vor Gottes Thron der Gerechte seinen Lohn.“

Das Grab daneben aber ist eingesenken. Keine Blume blüht dort und das arnelige Kreuz steht schief da und bald weiß niemand, wer dort ruht. Aber die Gejellen wissen es und erzählen es den andern, von denen es der Schreiber dieses vernahm.

Papst Lenin heilig gesprochen

Wenn Dichter in die Politik geraten, gibt es immer ein Unglück. Den Beweis liefert der als Lyriker gottbegnadete Max Barthel, seitdem er zum poetischen Trompeter der Dritten Internationale geworden ist. Die „Rote Fahne“ vom Montagabend bringt ein Gedicht von ihm „An Lenin“, das einen Gipfelpunkt byzantinischer Verhimmelung, ja mehr noch, das Unfehlbarkeitsbekenntnis für den kommunistischen Papst, und noch mehr: seine Heiligsprechung enthält. Man lasse die folgenden Strophen auf sich wirken:

Du bist das Schlachttier und der Schild, Du weicht von Moskaus hohen Türmen, Lepomb baut um dich schon Bild an Bild, Die wunderwol vorüberführen.

Du siehst den Dingen auf den Grund, Du siehst die Fäden dichter wirren, Du weicht und kennst sie alle, und Wir glauben dir, du wirst nicht irren

In Granit... Meistlich... heimer... weit... zu... und... haben... der... fuhr... In... Malern... das... an... Le... frä... ins...

(X) sung... schon... w... lösen... schon... la... Bo... heit... men... mög... darauf... als... Wohl... Seid... erkannt...

Lau... die... der... qu... p... gen... ter... g... über... größ... inter... Rann... Karl... Frei... Vor... Heil...

Rann... Karl... Frei... Vor... Heil... R... a... Bes... unter... Das... Stand... beim... noch... Weis... der... Leh...

Elbe... lehen... M... drich... S... ist... eine... den... Kam... dem... Ziel... der... Arbeit... meide... u... gefä... son... f... E... de... am... öffent... von... Sch... am... Kreuz... hen... uns... Parte... darbr... folgr... Anlä... ber... die... Du... W... Du... Sin... Als... greif... wann... er... schen... Wel... den... ein... ter... War... sei... dir... all...

Engel... Alle... die... D... Die... Die... (D... leton) - 5... berichte... - Ver... lieben... gen... Die... nement... spre... Arbeiter... S... bezger... Natur... und... Vertie... von... Dr... G... benskul... Sozialism...

Engel... Alle... die... D... Die... Die... (D... leton) - 5... berichte... - Ver... lieben... gen... Die... nement... spre... Arbeiter... S... bezger... Natur... und... Vertie... von... Dr... G... benskul... Sozialism...

Engel... Alle... die... D... Die... Die... (D... leton) - 5... berichte... - Ver... lieben... gen... Die... nement... spre... Arbeiter... S... bezger... Natur... und... Vertie... von... Dr... G... benskul... Sozialism...

In der Industrie für Steine fällt es nach wie vor schwer, Granitsteinhauer aufzubringen. Die Lage in der Metall- und Maschinenindustrie zeigt geringe örtliche Besserung, die Porzellan- und Schmelzwarenindustrie hat etwas angezogen. Nennenswert gebessert hat sich jedoch die Gesamtlage nicht.

Im Nahrungsmittelgewerbe und zwar sowohl im Bäder- und Metzgergewerbe als auch in der Nahrungsmittelproduktion bestehen nach wie vor geringe Beschäftigungsmöglichkeiten. In der Konserverfabrikation trat teilweise infolge mangelnder Zufuhr an Obst und Gemüse vorübergehende Verschlechterung ein. Im Baugewerbe ist die Nachfrage nach Gipsern, Maurern, Malern und Zimmerern immer noch recht erheblich, während das Berufstätigenverhältnis außerordentlich geringen Bedarf an Arbeitskräften zeigt.

Letzteres gilt auch vom Handel; soweit er nicht Spezialkräfte verlangt, fordert er fast nur erschlaffte Stenotypisten und insbesondere Stenotypistinnen an.

Eine Beihilfe an langfristige Erwerbslose zur Beschaffung von Kleidungsstücken, Schuhwerk usw. hat der Reichstag schon vor längerer Zeit beschlossen. Im Kreise der Erwerbslosen, dieser bedauernswerten, der bedauernswerten, wird schon lange auf Auszahlung dieser Beträge verzagt. Wo sie fragen, heißt es, die Sache wäre noch nicht „ausgearbeitet“. Vielleicht trägt unsere Anregung dazu bei, diesen armen Schicksalen die ihnen zukommenden Summen so rasch wie möglich zu behändigen, erfährt man sie ein gescheitertes Recht darauf und meistens wird viel unnützes Schimpfen vermieiden.

Als staatliche Prüfungsstellen für Sozialbeamtinnen und Hilfsfahrtsprüferinnen wurden die Sozialen Frauenschulen in Heidelberg und Mannheim durch das Arbeitsministerium anerkannt.

Glend

Tausenden von deutschen Kindern kommt seit einiger Zeit die Mangelkrankheit der Quaderpest zugute. Nach den Untersuchungen der Quader wurden sämtliche Kinder unterteilt in 4 Gruppen geteilt, von denen die Gruppen 3 und 4 die unterernährten Kinder, die für die Ernährung in Frage kommen, umfassen. Eine zuverlässige Zusammenstellung der Unterernährten in den fünf größten badiischen Städten zeigt folgendes Bild, das weitestgehend interessiert dürfte:

| | a) Volksschule | | b) An höheren Lehranstalten: | |
|------------|----------------|---------|------------------------------|---------|
| | Knaben | Mädchen | Knaben | Mädchen |
| Mannheim | 17,1% | 17,6% | 15,2% | 0% |
| Karlsruhe | 37,2% | 32,2% | 44,4% | 49,5% |
| Freiburg | 25,3% | 17,9% | 5,2% | 4,4% |
| Worms | 41,2% | 25,3% | 1,1% | 3,7% |
| Heidelberg | 35,2% | 34,3% | 0,04% | 0,2% |

Karlsruhe markiert also an der Spitze. Besonders beachtenswert sind die Zahlen in Gruppe IV, der unterernährten Jugendlichen mit Krankheitserscheinungen.

Das Glend wirkt uns bez. der Lungenschwindsucht auf den Stand von 1890 zurück. Ob eine gewisse Sorte von Bauern beim Lesen solcher Zahlen und beim Ueberlegen solcher Tatsachen noch etwas außerhalb ihres Geldburses verpirren?

WeiB man auch überall die ungeheuer erschwerte Arbeit der Lehrer an städtischen Schulanstalten zu würdigen? —

Aus der Partei

Silberne Hochzeit. Das Fest der silbernen Hochzeit feierte letzten Montag, 18. Juli, unser Parteigenosse Redakteur Friedrich Schüdelin in Worms. Die Ehe des Jubelpaares ist eine echte und rechte Arbeiter Ehe. Wie Genosse Schüdelin den Kampf für die Arbeiterfrage, den Sozialismus sich als Lebensziel gesetzt, wie er ein Mitstreiter und Kämpfer von reicher politischer Erfahrung ist, den das Vertrauen der sozialistischen Arbeiterpartei Worms in verschiedene Ehrenstellen der Gemeinde und der Organisation berief, so war ihm seine Lebensgefährtin nicht nur die liebe, sorgende Gattin und Hausfrau, sondern auch sie stellte sich in den Dienst der proletarischen Sache, betätigte sich als verständnisvolle Mitkämpferin und nahm am öffentlichen Leben hervorragenden Anteil. Auch wir schließen uns den herzlichsten Glückwünschen an, die die Wormser Parteigenossen dem Ehepaar Schüdelin zum silbernen Fest überbrachten und hoffen mit ihnen auf ein recht langes und erfolgreiches Zusammenarbeiten im Kampfe für den Sozialismus.

Anlässlich des Jubiläums wurden dem Ehepaar Schüdelin verschiedene Ehrungen zuteil. Eine Deputation des Stadtrates

Du bist das Schlachthorn und der Schild, Wir führen einmal still und schweigend, Bucharin sprach: „Ein heiliges Bild“, Ein auf dem ersten Bildnis zeigend.

Als sozialdemokratische Abgeordnete im Reichstage dem greisen Adolf Hoffmann dieses Gedicht zeigten um der Frage, wann er nun zum Kardinal-Staatssekretär in der kommunistischen Weltkirche gemacht werde, zog der alte spottlustige Frei-denker eine fürchterliche Grimasse. Wir aber sagen dem Dichter Wort: Wieder Freund Max, kehre zur Lyrik zurück. Dann sei dir alles vergeben.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften

(Alle hier angeführten und besprochenen Bücher und Zeitschriften sind von unserer Parteibuchhandlung zu beziehen.)

Deutsche Arbeiter-Sängerzeitung. Organ des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes. Nummer 7 des Jahrgangs 22. Inhalt: Die preussische Staatsregierung zur Förderung des Chorgesanges. — Die „Kultur“-Abgabe. — Hans Georg Riegel (Beurteilung). — 51. Deutsches Kontinentalfest in Nürnberg. — Kongressberichte. — Aus den Mitgliebschaften. — Kleine Chronik. — Verschiedenes. — Sommerorgeln (Gedicht). — Bekanntmachungen. Die Zeitung erscheint am 15. eines jeden Monats, Abonnementspreis (nur ganzjährig) 5 M. Verlag des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes Max Kaiser, Berlin NW. 55, Braunsbergerstraße 43.

Natur und Liebe, Zeitschrift zur Begründung, Verbreitung und Vertiefung der Religion des Sozialismus. Herausgegeben von Dr. G. u. H. Hoffmann, Verlag für sozialistische Lebenskultur, Klotzstr. 7. Inhalt: Bund: Religion des Sozialismus. — Entwicklung. Kapitalistisches Gedertum. Ja. De-

unter Führung des Herr Oberbürgermeisters, übermittelte unter Ueberreichung eines schönen Blumenarrangements dem Silberpaar die Glückwünsche der Stadtverwaltung. Auch seitens der Garten- und Friedhofverwaltung, deren Vorsitzender Stadtrat Schüdelin ist, wurde ein Blumenarrangement überandt. — Montag abend brachte die Orchestervereinigung dem Jubelpaar ein wohl gelungenes Ständchen.

Badische Politik

Deutschnationale Politik

Die sozialdemokratische Interpellation über die verjuchten Orgeleierverein in Baden ist den Deutschnationalen in die Ohren gefahren. Es ist ihnen unangenehm, daß die Aufmerksamkeit des badiischen Volkes darauf gelenkt wird, wie rationäre Mannern den ruhigen und geordneten Aufbau des badiischen Staates zu hintertreiben suchen. Als Mittel hiergegen haben sie ebenfalls eine Interpellation eingereicht in der sie dem Ministerium des Inneren ein unbefugtes Eingreifen in die Rechtspflege vorwerfen weil es orgeleierverdächtige Personen verhaften ließ und die „Süddeutsche Zeitung“ liefert nur einen längeren Enttäuschungskommentar dazu, der das Abtreten des Ministers Kemmele verlangt, weil er zur Sicherung der Ruhe des Landes gegen die Orgeleiermänner mit Entschiedenheit vorging. Außerhalb der deutschnationalen Parteizirkel wird allerdings diese deutschnationale Enttäuschung nur Eiterkeit erwecken, sowohl wegen des für beispielhaft sehr lieblichen Wunsches nach Rücktritt des sozialdemokratischen Ministers (woraan allerdings vermutlich weder er selbst noch irgendeiner in Baden denkt) als wegen der Art, wie die Deutschnationalen die dringend notwendige Bekämpfung der Orgeleier-Unterwelt zu verhindern sucht. Was würde wohl die „Süddeutsche Zeitung“ sagen, wenn der Minister des Inneren nichts unternommen würde, falls von links her ähnliche Geheimorganisationen gebildet würden, die die Ehre des Staates bedrohen? Und was würde wohl das gleiche Blatt sagen, wenn andere Volkskreise eine derartig geringe Achtung vor dem Gesetz bekunden würden, wie die Orgeleierkreise, die aus reaktionärem Interesse heraus mit dem Verbot der Orgeleierorganisation ihr Spiel treiben auf Kosten der inneren und äußeren Ruhe unseres Vaterlandes? Die Deutschnationalen haben wahrlich alle Ursache in der Orgeleierfrage ruhig zu sein und wir dürfen erwarten, daß der badiische Minister des Inneren bei Beantwortung der zur Orgeleierfrage vorliegenden Interpellationen die gehörigende Antwort zuteil werden läßt.

„Demokratischer“ Durcheinander

In der „Badiischen Landeszeitung“ schießt der „demokratische“ Abgeordnete Dietrich Schwerkes gegen das Grundstückergebot ab, das durch den sozialdemokratischen Initiativvertrag wieder zum Leben erwecken soll. Im Kreisverein Karlsruhe der demokratischen Partei kündigt dagegen ein anderes Mitglied der demokratischen Fraktion, H. A. Lefer, einen Vortrag über das Grundstückergebot an, womit Herr Lefer, der ein Anhänger dieses Gesetzes ist, seine Naturnotwendigkeit nachzuweisen sucht. Ja und Nein, Rein und Ja bildet so das Charakteristikum der demokratischen Partei in ihren Reden und ihrem Handeln, woraus sich der Beobachter ein gutes und zutreffendes Bild dieses lebenden Leinamens machen kann.

Vom „Schluchsee-Wert“

Bei der Besprechung der Landeselektrizitätsversorgung im Landtag wurde auch die Einbeziehung des Schluchsees in die Kraftwerke vorliegen. Zu dieser Frage wird nach berichtet, daß Pläne vorliegen, in dem Abflussgebiet des Schluchsees eine Sperrmauer von 22 bis 26 Meter zu errichten, die es ermöglichen würde, bis 72 Millionen Kubikmeter Wasser zu fassen. Das Schluchseebecken würde somit größer sein als das im Murgtal. Die Baukosten schwanken je nach der Größe der Sperrmauer zwischen 245 und 435 Millionen Mark, die im Wege der Bildung einer Aktiengesellschaft aufgebracht werden sollen. Auch der badiische Staat solle sich an dieser Aktiengesellschaft beteiligen und zwar so, daß er die Mehrzahl der Aktien in Händen habe. In unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß sich dieses geschilderte Unternehmen bis zum Jahre 1926 bewerkstelligen ließe. Die neue Bahn Löffel-Schluchsee-St. Blasien dürfte bei den etwaigen Bauten sehr wertvolle Dienste leisten können.

Zur Ausgleichsfähigkeit der elsass-lothringischen Sparkasten

Durch Vereinbarung zwischen dem Reichsausgleichsamt und dem Ausgleichsamt in Straßburg sind die deutschen Forderungen gegen elsass-lothringische Sparkasten als ausgleichsfähig anerkannt worden. Die Devisenhaltung dieser Sparkasten durch die Feststellungsausgleichsämter, die durch Ministerialverordnung vom 31. März 1921 für zulässig erklärt worden war, kann daher nicht mehr erfolgen; sie ist nur mehr auf Grund des § 41 des Reichsausgleichsgesetzes durch die Ausgleichsämter möglich und hat zur Voraussetzung, Anmeldung der Forderung bei dem Ausgleichsamt, Glaubhaftmachung derselben nach Grund und Betrag und Zustimmung des zuständigen Finanzamtes. Der Vorbehalt soll die Hälfte des Betrages der Forderung nicht übersteigen; er kann bis auf drei Viertel dieses Betrages erhöht werden, soweit er nachweislich zur Wiederaufnahme wirtschaftlicher Tätigkeit verwendet werden soll.

Landtag. Die nächste Sitzung des Landtages findet am nächsten Dienstag den 26. Juli, nachmittags 3 Uhr statt.

tennis, Gemüt und Leben: Naturdandst. Das ungeschriebene Gesetz, Sozialistisches Wort. Der echte Sozialist. Die Nummern 7-9 kosten 2.40 M und 45 Pf. Porto.

Der neue Mensch. Werbeblatt Nr. 1 des „Bundes: Religion des Sozialismus“. Unentgeltlich und portofrei zu beziehen vom „Bunde: Religion des Sozialismus“, Klotzstr. 7.

Jungsozialismus, Festschrift zur Viefelder Jungsozialtagung, herausgegeben vom Zentralbildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, Preis 2 M. — Die Schrift ist ein Beweis für die nach der Revolution erfolgte Erweiterung und Vertiefung des kulturellen Aufgabentranges der Sozialdemokratischen Partei. Der Jungsozialismus, vor dem Kriege kaum spürbar, tritt mit dem kulturellen Aufstieg der Arbeiterjugendbewegung stärker in die Erscheinung und hat auch bereits Heimatsrecht in der Partei gefunden. Die Jungsozialisten wollen sich nicht etwa in Gegenjah stellen zu den Alten, nichts liegt ihnen ferner als eine solche Absicht; was sie wollen, ist, als Jugend der Partei zu dienen und dahin zu wirken, daß die Partei aus einer bloßen politischen Organisation zu einer den ganzen Menschen umfassenden Kampfs- und Kulturgemeinschaft gestaltet wird. Die Probleme, die mit diesem Streben der Jungsozialisten verknüpft sind, werden in der Schrift nach den verschiedensten Seiten hin beleuchtet, so daß sie über die Viefelder Tage hinaus von Bedeutung sein wird. Mitwirkende sind Genossen, meist Jungsozialisten, aus allen Teilen des Reichs, u. a. Müller-Keller, Kellner, Wegner, Fritzel-Berlin, Haase, Dabendorff-Hamburg, Maria Zils-Breslau, Wad-Straßburg. Die bisherigen Entschlüsse der Partei sowie jungsozialistischen Tagungen zu dieser Frage, einige Feuilletons und Gedichte vervollständigen den reichen Inhalt des auch äußerlich sehr gut ausgestatteten Festes.

Bewerkshafliches

Zum Schiedspruch im Textilarbeitergewerbe, den wir gestern veröffentlichten, wird uns mitgeteilt, daß der Schiedspruch gegen die Stimmen der Arbeiterverbände zustande kam. Die beiden Textilarbeiterverbände werden am kommenden Sonntag in Offenburg eine gemeinschaftliche Landeskonferenz abgehalten und zum Schiedspruch noch endgültig Stellung nehmen.

Aus dem Freiseurgewerbe. Zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen des Freiseurgewerbes ist wie das „Karlsruher Tagblatt“ meldet, der seit 2 Jahren bestehende Landbestarfsvertrag erneuert worden. Die 9 1/2 stündige Arbeitszeit bleibt bestehen, und dafür auch die 2 stündige Freizeit pro Woche.

Der Ententekapitalismus gegen das Streikrecht der deutschen Maschinen- und Setzer. Zum Streit auf den Rhein-schleppdampfern ist zu berichten, daß der Oberpräsident der Rheinprovinz als Chef der Rheinstrombauverwaltung auf Befehl der interalliierten Schiffahrtskommission eine Bekanntmachung erlassen hat, daß die Arbeit sofort wieder aufzunehmen ist.

Aus dem Lande

Mannheim, 19. Juli. In der hiesigen Produktenbörse fanden gestern zum ersten Mal nach langjähriger Pause Umsätze im freien Getreidehandel statt, der sich bekanntlich auf alle Mengen erstreckt, die über die unter Zwangswirtschaft verbleibenden 2,5 Millionen Tonnen hinausgehen. Genannt wurden: Weizen, deutsche, schöne Ware, mit 415 bis 430 M die 100 Kilo ab mitteldeutscher Station per Augustlieferung, Roggen 366 bis 380 M die 100 Kilo ab mittel- und norddeutscher Station, Gerste 352 M die 100 Kilo ab norddeutscher Station. Auch Weizenmehl gelangte in deutscher Ware zum Umsatz zu 660 M ab mittel- und norddeutscher Station und 675 M ab süddeutscher Station. Weizenroggen stellte sich auf etwa 725 M die 100 Kilo ab süddeutscher Mühle.

Mannheim, 19. Juli. Der Untersuchungsgefängene Schneider Willi Otto riß sich auf offener Straße von dem ihn begleitenden Schutzmann los. Der Schutzmann stieß auf den Flüchtigen und verletzte ihn.

Furtwangen, 19. Juli. Im Nonnenbachtal der Gemeinde Oberjünswald ist ein größerer Waldbrand ausgebrochen; wie wir hören sind 1000 Ster Papierholz, welche der Papierfabrik in Neustadt gehörten, dem Feuer zum Opfer gefallen.

Jell a. S., 19. Juli. Die Dienstadt des Landw. Mäher in Unterentersbach stürzte von der Höhe hin so unglücklich ab, daß ihr ein Bein stiel in den Unterleib drang. Sie konnte nicht selbst den Bein stiel entfernen und wurde ins Krankenhaus nach Jell, später nach Offenburg verbracht. Die Verletzung ist lebensgefährlich.

Kriedrichsfeld, 18. Juli. Seltsame Heilung. Anlässlich des Brandes bei dem Landwirt Dehous wurden außer der Frucht auch sämtliche Ackergeräte und Wagen vernichtet. Die Schwester des Dehous die gegenüber der Brandstätte wohnte, hatte vor kurzem in Weinheim infolge eines Stühlschlages das Augenlicht und die Sprache verloren. Als sie von dem Unglück ihres Bruders hörte, sprang sie vor Schrecken aus dem Bett, schrie laut auf — und konnte plötzlich wieder sprechen und sehen.

Konstanz, 19. Juli. Erwischte Diebin. Auf dem Kursschiff „Stadt Regens“ ereignete sich am Donnerstag ein recht peinlicher Vorfall. Das Schiff fuhr von Konstanz nach Friedrichshafen. Eine mitfahrende Dame aus Lindau hatte im Vorraum ihr Handtäschchen vergessen und meldete dem Kapitän, der dies auf dem Schiffe kundgeben ließ. Da sich kein Finger meldete, wurde durch das Schiffpersonal eine allgemeine Untersuchung der Passagiere angeordnet und das Täschchen das u. a. 2000 M enthält, in der Stoffsack einer Dame gefunden. Die unredliche Dame, die sich in Begleitung ihres Mannes und Kindes befand, ist Kurgast in Bad Schachen.

Konstanz, 19. Juli. Für den Posten des Theaterdirektors ist der langjährige Leiter der Stadttheater in St. Gallen und in Rosen, Franz Gottscheid, in Aussicht genommen.

Beim Baden ertrunken. In den letzten drei Tagen sind nach Mitteilungen aus Württemberg und Baden 14 Personen während des Badens in offenen Flüssen ertrunken.

Sitzung des Kreis Ausschusses Karlsruhe

Karlsruhe, 16. Juli. In den letzten Sitzungen des Kreis-ausschusses kam u. a. folgendes zur Beratung und Beschlußfassung: Die Voranschläge über die Unterhaltung der Kreiswege mit einem Aufwand von 1.941.852 M und jene über die Unterhaltung der Kreisstraßen mit einem Aufwand von 1.032.860 M werden genehmigt. Unter den letzteren sind als erste Rate zur Einmalzahlung der Kreisstraße Nr. 1 Breiten-Worms 376.000 M vorgesehen. Die Einmalzahlung wird infolge Einrichtung einer staatlichen Kraftwagenlinie erforderlich und bezuschlagt insgesamt einen Aufwand von etwa 750.000 Mark, der alle 6 bis 8 Jahre durch die Erneuerung der Maßnahme sich wiederholen wird. Der Kreis hat hiernach für die Kraftwagenlinie erhebliche Opfer zu bringen. — Die vor einiger Zeit von der Regierung angeregte Errichtung einer landwirtschaftlichen Kreiswinterschule soll vorbehaltlich der Zustimmung der Kreisversammlung noch im laufenden Jahre in Graben ins Leben treten. Die Gemeinde Graben stellt das erforderliche Lokal, einschließlich der Schulmöbel, sowie Heizung, Beleuchtung und Bedienung. Zur Beschaffung der Lehrmittel ist seitens des Kreises ein Aufwand von 50.000 M erforderlich, welcher aus Anlehensmitteln bestritten werden soll. Vorlage hierüber wird der nächsten Kreisversammlung zugehen. Die Gemeinde Leimersheim hat sich an verschiedene Kreisgemeinden gewendet um Gewährung einer Unterstützung zum Weiterbetrieb der Fähr über den Rhein zwischen Leimersheim und Leopoldshafen. Es wird ein einmaliger Kreisbeitrag bis zu 5000 M in Aussicht gestellt. Ebenso soll das Landbestinderkrankenhaus Karlsruhe mit einem Beitrag von 10.000 Mark unterstützt werden. — Zur Abhaltung von Ziegenmärkten durch Gemeinden und zur Prämierung von Ziegen werden 1000 M in den Voranschlag eingestellt und der Stadtgemeinde Breiten für diesen Zweck 800 M überwiesen. Die Gemeinde Dietlingen, Amt Worms, beabsichtigt auch in diesem Jahre eine Salbadur für schwächliche Kinder durchzuführen. Der Gemeinde wird hierzu ein Beitrag von 1000 M in Aussicht gestellt. Kreiswegwart Gottfried Müller in Biffingen wird auf 1. Oktober 1921 infolge vorgerückten Alters auf Ansuchen in den Ruhestand versetzt. Aus der Kreisbüchse werden drei Darlehen im Betrage von zusammen 13.000 M an Handwerker, welche durch den Krieg in eine wirtschaftliche Notlage geraten sind, bewilligt.

Abbruch der Konstanzer Flughalle. Die Flughalle auf dem alten Exerzierplatz, die niemals für Kriegszwecke Verwendung gefunden hat, da sie von Anfang an für rein sportliche Zwecke errichtet war, muß nun doch auf Anordnung der Entente abgebrochen werden. Man hatte die Halle dem Fußballklub überlassen, der aus dem Holzmaterial eine Tribüne errichten wollte. Die Halle muß nunmehr sofort abgebrochen werden. Gegen den Abbruch der kleinen Halle ist Einspruch erhoben worden, da sich in ihr eine mechanische Werkstätte der Fischereigenossenschaft befindet.

Aus der Stadt

Karlsruhe, 20. Juli.

Geschichtskalender

20. Juli. 1882 Der Satiriker Karl Julius Weber in Kupferzeitung. — 1917 Der finnische Landtag beschließt die Unabhängigkeit Finnlands. — 1920 Vordringen der russischen Sowjetarmee in Polen und Armenien.

Der Fabrikhof in der Sonne

Der Fabrikhof dampft im Sommerbrand. Ein paar gelbgrüne Wäpfe kimmern vor den schmutzigen roten Ziegelmauern. Schladen türmen sich zu Hügel. Kostige Eisenteile lagern wahllos zerstreut. Die Schienen einer Schmalspurbahn durchqueren in zahllosen Ueberschneidungen den Fabrikhof.

Durch die geöffneten Fenster hallt ein wüster Lärm: Hammerschlag, Mäherjurren, Schleifschleibengeräusche. Am Fabrikeingang hantiert eine Gruppe ruhgeschwärtzter Männer an einer mit Eisenzug beladenen Korb. Schweigend und schweigend berichten die Leute ihr Werk. Nur die Eisenteile, die sie behend aus den Wagen greifen und aufschichten, klirren mit einem hellen, eintönigen Laut aneinander.

Wenn gegenüber schaffen andere, nur notdürftig angekleidete Männer an einem Kohlenhaufen. Heizer sind es. Die Arbeit, die sie verrichten, ist eine überaus schwere. Mit mächtigen Schaufeln stoßen sie in den schwarzen Hügel hinein, um den Inhalt der Schaufel jedesmal in ein tiefes Loch, das sich hart an der Erde in der Mauerwand des Fabrikgebäudes öffnet, hineingleiten zu lassen.

In ihrer unmittelbaren Nähe sucht ein Kutscher mit Güh und Holt seine Pferde zu wenden. Er hat mit froh emporgestrecktem Arm die Gähle hart am Kopf gepackt, daß die Deichselstange starr in die Höhe ragt und die müden Tiere eine jähe Aufgereiztheit überlistet. Aber der Mann ist stärker als die Vierfüßler. Ohne die Peitsche zu gebrauchen, verjagt er sie, seinen Willen durchzusetzen. Rasch und vollführt der Wagen die gewollte Wendung. Die Gähle schwenken um; ihre Aufgereiztheit verfliegt zusehends und ein leichtes häftiges Schnauben bedeckt noch, daß sie soeben eine ungewohnte Arbeit verrichtet.

Durch die offenen Fenster der Fabrikfäle trommelt und trompetet noch immer der stampfende Lärm. Auf dem eben grauen Fabrikhof vollzieht sich nur ein Bruchteil der Maschinenarbeit, die hier geleistet wird. So staubig und ruhig das Werk auch daliegt, der Lärm, der es durchpocht, ist Musik: Musik der Arbeit. Und die Sommerhitze meint es gut mit diesem Staub und Rauch und Ziegelrot — sie übergolde es mit ihrem leuchtenden Glanz. Und dieser Glanz vermag selbst das Häßliche schön zu machen. . . .

Zur Entlohnung der Gastwirtsangestellten

Schreibt uns ein Oberkellner:

Durch den Aufbruch des Gastwirtsberufes im Inzeraten- teil der heutigen Nummer ist nun erneut das Publikum darauf hingewiesen, daß im Wirtschaftsgewerbe zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch beiderseitige Vereinbarung ein Tarifvertrag zustande gekommen ist, der das Prozenzsystem als Entlohnung wieder bekräftigt. Es ist hier einerseits den Arbeitgebern entgegengekommen, da sie behaupten, bei der jetzigen Höhe der Abgaben, die seit der Währungsreform der Bedienungspersonal nicht vornehmen zu können. Andererseits ist auch der Angestellte im Gastwirtsberuf berechtigt und verpflichtet, zu verlangen, daß ihm ein ausreichendes Einkommen zum Lebensunterhalt gesichert ist. Als Mittelweg zum Ausgleich hat man sich nun auf das Prozenzsystem geeinigt. Durch die Berücksichtigung der Betriebe sollte man auch im Interesse des Publikums einen einheitlichen Prozenzfuß fest, jedoch der bisherige Widerstand beim Konsumenten beseitigt sein dürfte. Es läge nun im Interesse des gesamten Publikums und speziell in der Macht der Arbeiterschaft, diesen Vertrag restlos zur Durchführung zu bringen. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß das gesamte Bedienungspersonal des Gastwirtsberufes geschlossen hinter diesem Vertrag steht, und läge es im Interesse des Publikums, keine Trinkgelber mehr anzubieten. Es muß sich jeder Gast klar darüber sein, daß Trinkgeld geben und empfangen gleichermaßen unbillig ist. Jede weitere Verabfolgung von Trinkgeldern birgt den Keim zu neuen Gegensätzen zwischen Gast und der Bedienung in sich, sobald es nur als ein Mittel zur Förderung der Unfittie, der Unmoral und des Anreizsystems angesehen werden muß. Die beiderseitigen Organisationen fordern daher das Publikum auf, keine Trinkgelber mehr zu geben. Dem Angestellten stehen laut Tarifvertrag feste Garantteeinkommen zu, jedoch ein Recht auf seinen Verdienst ihm zugesichert ist. Die Angestellten wollen daher dem Trinkgelbunwesen nicht ausgesetzt sein, sondern verlangen im Interesse des guten Einvernehmens zwischen Pringipal und Gast, daß sich das Publikum mit der Neuerung abfindet und keine Trinkgelber mehr gibt, im Interesse der Angestellten, sowie des gesamten Wirtschaftsgewerbes, und nicht zuletzt im Interesse des zahlenden Publikums selbst. Die Gesellschaft für soziale Reform, Vorsitzender Prof. Dr. Franke, Berlin, erlärnt neuerdings in verschiedenen Zeitungen ebenfalls einen Aufruf. Unsere auf Beseitigung des würdelosen Trinkgelbunsystems gerichteten Bestrebungen sind lange Zeit vergeblich geblieben. Erst jetzt ist es gelungen, die alte Unfittie grundsätzlich abzu schaffen. Durch die in Folge der verschiedenen Lohnbewegungen im Gastwirtsberuf getroffenen Abmachungen zwischen den Organisationen ist das Trinkgelb beseitigt. Wir fordern die Besucher von Hotels, Restaurants, Kaffees und Konditoreibetrieben auf, keine Trinkgelber mehr anzubieten. Man bringe die Angestellten nicht mehr in Versuchung, denn jede Zuwiderhandlung birgt den Keim für neue Differenzen in sich, die sich leicht zu großen Kämpfen auswachsen können. Wirtschaftliche Erleichterungen haben wir genug. Die Kasse kann daher nur durch die Einsicht des Publikums gewahrt bleiben. 3.

„Sonntagsruhe“ in der Erziehungsanstalt Stutensee

Man schreibt uns: Der früher sehr besuchte und beliebte Ausflugsort Stutensee ist seit einiger Zeit in eine Zwangs- erziehungsanstalt umgewandelt worden, deren Leiter, Hr. Herr Landgerichtsrat Dr. Wehlar in Karlsruhe ist. Verschiedene Ausflügler, die letzten Sonntag einen Spaziergang nach genanntem Orte unternahmen, machten zu ihrem Er- launen die Wahrnehmung, daß die Jöglinge in der glän- denden Sonnenhitze sowohl vormittags als auch nachmittags Getreideschneiden mußten und zwar unter Leitung des Oberaufsehers Wolf. Wir meinen, man hätte den Jöglingen auch der anstrengenden Wochenarbeit, wie sie die gegenwärtige Ernte mit sich bringt, doch vollständige Sonntagsruhe gönnen dürfen, zumal die zur Zeit herrschende beständige Witterung zu solcher Sonntagsarbeit gerade nicht drängt.

m. Daglanden. Unsere letzte Bezirksversammlung war gut besucht, besonders erfreulich war es, daß auch mehrere Frauen anwesend waren. Genosin Müller berichtete über die Tä- tigkeit der Kinderschutzkommission. Mit großer Aufmerksamkeit und Befriedigung nahmen die Anwesenden den Bericht ent- gegen. Es wurde beschlossen, in diesem Jahr auch in unserm

Rorort Ferienparadise mit den Kindern zu unter- nehmen. Zu wünschen wäre, daß sich noch einige Genossinnen zur Mithilfe bereit erklären, daß die Arbeit nicht auf einige wenige beschränkt bleibt. Am Donnerstag abend 10 Uhr findet nochmals eine Frauenversammlung im „Karlsruher Hof“ statt, in welcher das Nähere beschlossen wird.

m. Daglanden. Das 25jährige Stiftungsfest des Arbeitermusikvereins verlief in glänzender Weise. Die ganze Einwohnerschaft brachte dem Verein großes Interesse entgegen. Mittags 2 Uhr bewegte sich der Festzug durch die festlich geschmückten Straßen des Orts nach dem Festplatz, wo reges Leben und Treiben herrschte bis spät in die Nacht hinein. Unter den 800 Mitgliedern, welche der Verein z. Z. zählt, be- finden sich noch 11 Gräber. Wir wünschen, daß dieselben noch recht lange in unserer Mitte weilen mögen. Daß das Fest in so harmonischer Weise verlief hatte eigentlich noch eine andere Ursache, denn bis vor kurzem bestanden hier zwei Musikkapellen, die beide der Arbeiterschaft diener wollten, aber zersplitterte Kräfte erreichten nie etwas Produktives. Nun kam auf glücklichem Wege eine Versöhnung zustande und den Erfolg haben wir bei diesem Feste gesehen. Es wäre noch vieles zu erzählen in Daglanden, wenn sich die Arbeiterschaft ihrer Aufgabe be- wußt wäre und manche Streitigkeit wäre mit einem Schlag be- seitigt, wenn alle dem richtigen Ziele zustreben wollten, und zwar auf einem Wege.

— Vom Stadtpark. Unser Stadtpark, der sich bei Einheimischen und Fremden steigender Beliebtheit erfreut und gerade in der letzten Zeit wieder manch neue Sehenswürdigkeit sich zugelegt hat — wir erinnern nur an die Koller-Anlage und den herrlichen Blumengarten, die Wolf-Anlage — macht infolge des wachsenden Besuches und der vermehrten Unterhal- tungen, die den Besuchern durch Konzerte und andere Ver- anstaltungen dort geboten werden, auch finanziell sehr er- wünschte Fortschritte. Der Vierteljahresabschluss (April, Mai, Juni) ergibt, daß die Zahl der Inhaber von Jahreskarten be- reits auf 11322 (gegen 7488 und 7919 im gleichen Zeitraum der Vorjahre 1920 und 1919) gestiegen ist. Sie wird weiter steigen, da das Abonnement bis 1. April 1922 läuft und die Abonnementen darnach noch manchmal Gelegenheit haben werden, den Garten zu besuchen, die geselligen und unterhaltenden Dar- bietungen des Parkes zu ermäßigtem Preise zu genießen. Die Zahl der Tagesbesucher des Gartens auf Tageskarten hat im rück- liegenden Vierteljahr rund 164 000 erreicht und damit auch die Zahlen des gleichen Zeitraums in den Vorjahren überschritten (141.700 und 157.000), ganz erheblich aber ist der Zuwachs an Konzertbesuchern — eine Folge der vermehrten Veranstaltungen — nämlich von rund 49 300 und 73 000 in den Vergleichs- quartalen 1919 und 1920 auf rund 109 000. Der Volks- betrieb zeigt ebenfalls stark wachsende Steigerung und 100 000 Karten für Einzelsfahrten, 460 Abonnementen für 12 Fahrten (noch zu wenig für diese billige Fahrgelegenheit!) gegen 66 800 und 88 600 in den Vergleichsmonaten der Vorjahre. Ingesamt hat der Stadtpark in den erwähnten drei Monaten rund 522 000 M. erbracht gegen 385 000 und 155 000 M. in demselben Zeitraum der beiden Vorjahre. Im ersten Halbjahre 1921 weist er eine Gesamt- (Brutto-) Einnahme von rund 600 000 M. auf gegen eine Jahreseinnahme von rund 641 000 M. im Jahre 1920 und eine solche von 288 000 M. im Jahre 1919. Möge diese erfreuliche Entwicklung des Lieblingsortes unserer Stadt fürder anhalten.

— Gesellschaft für Deutsche Bildung. Am 13. Juli fand die Gründungsversammlung einer Karlsruher Ortsgruppe der Gesellschaft für deutsche Bildung statt. Der Besuch war trotz der Sommerglut überaus zahlreich. Der Redner des Abends, Herr Geh. Rat Dr. Panzer, Professor an der Universität Heidel- berg, sprach über „Deutschland als Mittelpunkt deutscher Er- ziehung“. Er fordert in allen Schulgattungen eine vertiefte und erweiterte Pflege der deutschen Sprache, des deutschen Schrifttums, deutscher Kunst und Kultur. Frei von aller Eng- bergzigkeit und allen Ueberreibungen erstreckt er die Pflege alles wertvollen deutschen Volkstums, wie der Mundarten, der Volks- lunde, wobei er die darin liegenden Bildungswerte hervorhebt. Das ganze weite Reich deutscher Kunst und Kultur in Verban- genheit und Gegenwart muß dem Verständnis des Schülers nahegebracht werden, um er heute noch bestehenden großen Unkenntnis deutscher Art und Kunst entgegenzuwirken. Der geballte Vortrag, der die Hörer 1½ Stunden festhielt, kann in seinem Reichum an anregenden Einzelheiten nicht ausge- schöpft werden. Seine weitgespannten Forderungen wenden sich an Volksschule, Mittelschule und Hochschule. Der Redner erklärt sich ausdrücklich für einen Freund der humanistischen Bildungs- weite, weiß sich aber auch einig mit überzeugenden Humanisten, daß auch das Gymnasium in seinem Deutschunterricht reformbe- dürftig ist. Die Muttersprache muß die Grundlage bilden, um Fremdsprachen zu verstehen. — Der Leiter der Versammlung, Dr. Karl Hölz, Professor an der Technischen Hochschule dankte dem Redner für seine Ausführungen und betonte nochmals, daß die Gesellschaft für deutsche Bildung keinerlei politische oder kon- fessionelle Zwecke bezwecke. Der vorgerückte Abend machte leider eine Diskussion unmöglich. Die Karlsruher Ortsgruppe wurde für gegründet erklärt und der Vorstand bis auf den Redner gewählt. Für das Winterhalbjahr sind volkstümliche, kulturgeschichtliche, literarische und kunstgeschichtliche Vorträge vorgesehen. Zukun- ften sollen Führungen stattfinden und pädagogische Abende ab- gehalten werden.

Konservatorium für Musik. Nach dem Bericht über die Stadtrat Herrn Professor Heinrich Kaspar Schmid von der staatlichen Akademie der Tonkunst in München das hiesige Kon- servatorium für Musik übertragen. Als Nachfolger des verstor- denen Hofrats Ordenstein, der mit seinem bewährten Lehrer- kollegium das Konservatorium zu einer vorbildlichen Anstalt gemacht hatte, mußte eine Persönlichkeit gesucht werden, von der angenommen ist, daß sie Kraft ihrer Erfahrungen dieses Institut weiter auszubauen weiß und ihm ein besonderes Gepräge zu geben vermag. Unter Berücksichtigung aller in Betracht kom- menden Gesichtspunkte kam bei der Auswahl unter den zahl- reichen namhaften Bewerber um den leitenden Posten des Konservatoriums schließlich eine Einigung auf Herr Professor Schmid zustande. Als Lehrer an der Akademie der Tonkunst, dem ersten staatlichen Musikinstitut Süddeutschlands, hatte Pro- fessor Schmid Gelegenheit, in dem vielseitigen Betrieb dieser Anstalt reiche Erfahrungen zu sammeln, die ihm als Leiter des hiesigen Konservatoriums zugute kommen werden. Professor Schmid, der jetzt im 47. Lebensjahr steht, ist Schüler von Rheinle, einem der Begründer der Münchner Schule. Von Pro- fessor Schmid sind bis heute ungefähr 90 Werke veröffentlicht worden, u. a. Lieder, Duette, Chöre, teilweise mit Orchesterbe- gleitung, Klavierstücke, eine Violinsonate, ein Streichquartett, ein Quintett für Blasinstrumente, ein Klaviertrio, ein Werk für Solobläser und Klavier und zuletzt Bayerische Ländler für Klavier zu vier Händen.

Stadtpark. „Ein Abend in Toledo“. Das Stadt- parkkonzert des Musikvereins Harmonie heute Mittwoch abend wird in spanischem Charakter durchgeführt werden. Feurige Weisen des Südens erklingen von Blas- und Saiteninstrumen- ten. Im Mittelpunkt des Programms steht die spanische Sere- nade „Ein Abend in Toledo“. Um großen Teilen der Bevölke- rung den Besuch des Konzerts zu ermöglichen, findet es bei bil- ligen Eintrittspreisen statt.

I. Stadtparkkonzert. Mit dem Gesangsquartett der KÖI- ner Oper bot das Dienstagabendkonzert eine angenehme Abwechslung. Das Programm der Männer wies neben heiteren Liedern auch einige recht stimmungsvolle Sachen auf, die in

bernehmer Weise zu Gehör gebracht wurden und reichen Beifall fanden. Das Harmonieorchester streute unter Herrn Rudolphs Leitung herrliche Proben seines Könnens aus.

17 Milliarden in Darlehensstafetten. Nach einer Bekanntmachung des Reichsfinanzministeriums waren am 30. Juni 1921 Darlehensstafetten im Betrag von 17 087 500 000 Mark ausgegeben; im freien Verkehr befanden sich davon 8 654 497 000 Mark.

Die Zigarette wird noch teurer. Erst Anfang April ist eine Verteuerung der Zigarette durch Wegfall der bisher ge- währten Ermäßigung der Steuerföhe eingetreten. Schon ist eine neue Preiserhöhung in sicherer Aussicht. Denn am 1. Oktober fällt die Ermäßigung, die noch übrig geblieben ist, gemäß einer Bekanntmachung des Reichsfinanzministeriums fort.

Neue Erfindung in der Musikbranche. In der gestrigen Notiz mit dieser Ueberschrift ist als Tag der Vorführung und des 5 Uhr-Dees der 20. Juli angegeben. Es muß 20. Juli heißen. Also heute Mittwoch nachmittag findet die Verfüh- rung statt.

Badisches Landestheater. Heute, Mittwoch, den 20. Juli, findet eine Aufführung der „Kose von Standul“ statt. Anfang der Vorstellung 7 Uhr.

p. Schlageret. Gestern abend schlugen sich in der Kronen- straße zwei in der Altstadt wohnende Tagelöhner gegenseitig herum, wobei der eine dem anderen einen Messerstoß in den Hals beibrachte und ihn erheblich verletzte. Der Vorgang hatte eine größere Menschenansammlung in der Kronenstr. zur Folge.

p. Aufst. In einem Wagen der elektrischen Straßenbahn erlitt gestern nachmittags während der Fahrt auf der Kaiser- straße eine Frau einen Veranfall. Sie wurde von dem Bahmpersonal nach der Polizeiwache Durlachdort verbracht, wo ihr die erste Hilfe geleistet wurde.

p. Wegen Nichtablieferung einer Armeepost gelangte ein in der Kapellenstraße wohnender Reisender zur Anzeige. Die Waffe wurde beschlagnahmt.

Valuta-Bericht vom 19. Juli

Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 7.50 Gts. Auszahlung Holland notierte 24.40 M. pro holl. Gulden. Aus- zahlung Schweiz notierte 12.71 M. pro schweiz. Frs. Auszah- lung England notierte 277 M. pro Pfund Sterling. Auszahlung Frankreich notierte 5.98 M. pro franz. Frs. Auszahlung Neu- York notierte 77.55 M. pro Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landes- witterwarte vom 20. Juli 1921

Das Teiltef über Frankreich hat sich aufgelöst und hoher Druck beherrscht wieder Süddeutschland, so daß das heitere meist trodene Wetter fortbauert. Ein über Skandinavien vordrin- gender Teiltef bleibt ohne Einfluß. Voraussichtliche Witterung bis Donnerstag nacht: Fort- dauer der Hitze, meist trocken, höchstens vereinzeltes Gewitter.

Wasserstand des Rheins

Schusterinsel 125, gest. 9; Rehl 210, gest. 4; Maxau 383; Mannheim 285, gest. 1 Zentimeter.

Serichtszeitung

Steuerhinterziehung. Der Daubenbauer Adam Jumbach, aus Unterörsheim hatte sich vor der Strafammer wegen Steuerhinterziehung zu verantworten. Jumbach hatte bei der Steuererklärung zur Veranlagung der Kriegsabgabe vom Ver- mögenszuwachs im Februar 1920 seine Sparausgaben in Höhe von 24 000 M. veranschlagt und dadurch das Reich um einen Steuerbetrag von 4500 M. geschädigt. Im Steuerverfah- ren wurde der Angeklagte zu einer Geldstrafe von 9200 M. ver- urteilt. Jumbach legte Berufung gegen dieses Urteil ein, weil er das Sparausgabenbuch nicht als Kapitalvermögen betrach- tete, da er das Geld zur jederzeitigen Verfügung bei der Kasse deponiert hatte. Er gab an, daß es ihm nicht bekannt gewesen sei, daß in diesem Falle das Sparausgabenbuch als Betriebs- vermögen hätte angegeben werden müssen. Der darüber ver- nommene Zeuge jagte aus, daß Jumbach ihm wiederholt be- stätigt habe, keinerlei Guthaben zu besitzen. Der Gerichtshof wies die Klage ab und beurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe in Höhe der hinterzogenen Steuer von 4500 M. und zur Tragung der Kosten des Verfahrens.

Ein Kassenverstoß. Der Tagelöhner Philipp Medinger 1 von Speyer war von einem Kameraden erjacht worden, beim Transport von zwei Ochsen mitzuführen. Er hatte sich dazu be- reit erklärt, trotzdem er erfährt, daß die beiden Ochsen in Phi- lippburg bei Magdalenen geschlachtet werden sollten. In der Nacht vom 17. zum 18. Juni 1920 ging der Angeklagte mit drei Be- kannten nach Philippburg. Mit einem am Rhein liegenden Raden fuhren sie auf die Meinspanginsel, wo sich einer der Kollegen einermerte und mit zwei in Philippburg wohnenden Polen aus einem verlassenen Stall eines Gutshofes zwei Och- sen im Werte von 20 000 M. stahlen. Medinger wartete mit seinen Kameraden bis zur Ankunft der Tiere und brachte diese zusammen auf das linke Rheinufer. In Speyer wurden die beiden Ochsen in einer Wirtschaft geschlachtet und das Fleisch ver- kauft. Von dem Erlös von 7 600 M. erhielt der Angeklagte 1 000 Mark. Der Angeklagte gab an, aus Not gebrandelt zu haben. Da Medinger geständig war, wurde auf die Vernehmung des Zeugen verzichtet. Der Gerichtshof beurteilte den Angeklagten wegen Hehlerei unter Zuhilfenahme mildernder Umstände zu 8 Monaten Gefängnis.

Vereinsanzeiger

Woh 2 u. 4 Stellen. Bei 2 u. mehr Stellen. Bei 1. 20 die Stelle. Bei 1. 20 die Stelle.

Verbandsangelegenheiten finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme. Karlsruhe. (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsauschuß Karlsruhe.) Die Delegierten werden zu einer Versammlung auf Donnerstag, 21. Juli, abends 7 Uhr, in den Sitzungssaal des Oberbürgeramts, Stefanien- straße 74, 2. St., eingeladen. Tagesordnung: 1. Vortrag: „Die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Sowjetruß- land bis 1921“. Vortragen von einem deutschen Rückfüh- lung. 2. Rück- und Ausblick über die wirtschaftliche Lage der Arbeiter- schaft. 3. Kassenbericht vom 2. Quartal. 4. Mitteilungen. Al- lseitiges Erscheinen bringen geboten. 5220

Karlsruhe. (Vaffallia.) Die Sänger treffen sich heute Mittwoch abend 1/8 Uhr auf dem Gutenbergplatz, Neffent- straße 67, um einen Gesangsabend zu veranstalten. Abends 8 Uhr Probe. Vollständiges Erscheinen notwendig. 5228 Naturfreunde, Gau Baden, Donnerstag abend 1/8 Uhr Sitzung im Cambrinus. 5257

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Gehelungen. Friedrich Gobelbender von Paris, Ober- finanzsekretär hier, mit Ulse Selig Witwe von Königsbach, Walter Müller von Hamburg, Kaufmann hier, mit Elisabetha Suhr von Forzheim. Karl Bierig von Eppstein, Bürgermei- ster in Bruchsal, mit Luise Selig von Leutenchneut. Todesfälle. Erta, alt 2 Monate 15 Tage, Vater Wilh. Wader, Zogl. Pauline Hintermann, alt 60 Jahre, Ehefrau von Adolf Hintermann, Stellvertreter. Otto Rutterer, Schmied, ledig, alt 28 Jahre. Florian Staiger, Hofkammerant, Chem- nist, alt 63 Jahre. Apollonia Stab, alt 75 Jahre, Witwe von Ge- org Stab, Schuhmachermeister. 5257

frhen
eine C
neie d
Kinder
Gum
inzel
fort
sand
Heilbr
gab, d
zeibere
alten W
der We
55 Pro
Kulturb
in Alie
W
füzte
über d
weil W
jonen n
Die
wasserf
heit. I
Spefkar
wirtsch
liegen
Sta
fuhr m
Starnbe
dann je
schmäte
Sa
giffen
Geschäft
der and
deutscher
B
befestigt
mit R
fen zu
Baden-
nach U
durchgel
D 281/3
Sa
brecher
großes
Die Zä
Kre
haben d
nahm t
schiehö
Mag
tengrabo
kurzer
find ein
Kob
bestätigt
von 4
gemein
geren A
geschlo
nach den
Bra
deutscher
fache, d
der Ver
nach Bro
nung zu
W
nach Wi
inen C
Berl
Wie die
Kriegsma
Besagung
pen ablö
Berl
Donauf
Berl
Mann: A
räten im
weitere 5
fen in e
aus Bah
Straß
kalarbeite
die fogen.
Firmen im
higheim
und die
Kolonie
bauer St
poganda
von der A
hätte, in
wurden.

Bill
G
Nioman
Da
wi
Volks

Kleine Nachrichten

Wädlingen (Wittbg.) Die Frau des Monteurs Bühler ist mit ihren drei Kindern in den Tod gegangen...

Wittweil. Im hiesigen Bahnhof wurde der Lokomotivführer Hummel vor den Augen seiner Frau, die ihm gerade das Mittagessen brachte, von einem einfahrenden Zug überfahren und sofort getötet.

Seibronn. Das Fischsterben im Neckar. Am Samstag fand eine Besichtigung der verfaulenden Fischwasserstreden von Seibronn bis Wimpfen statt. Die biologische Untersuchung ergab, daß durch die Säure auf der Fischwasserstrede des Fischereivereins Seibronn von der Einlauffstrecke der Fabrik bis zur alten Neckarsulmer Fährre jedes Lebewesen vernichtet ist.

Stuttgart. Der langjährige frühere württembergische Kultusminister und Minister des Innern Dr. v. Pfeilschauer ist im Alter von 68 Jahren gestorben.

Wassern. Ein mit 14 Personen besetzter Kraftwagen stürzte durch Verschulden des betrunkenen Kraftwagenführers über die Straßenschwelle. Vier Personen, der Wagenlenker, zwei Bauernknechte und ein Mädchen wurden getötet, drei Personen wurden schwer verletzt.

Die Wassernot. Selbst der Speßart sonst eines der wasserreichsten Gebiete Deutschlands, leidet unter der Trockenheit. In allen Dörfern und Städten, die ihr Wasser vom Speßart erhalten, herrscht Wassernot, die besonders in der Landwirtschaft von unberechenbarem Schaden ist.

Starnberg. Die Privatiers Marie Götz von Affenshausen fuhr mit ihren beiden drei und 6-jährigen Kindern auf dem Starnberger See, warf ihre Kinder in das Wasser und sprang dann selbst nach. Alle drei ertranken. Die Tat soll aus verschämter Liebe geschehen sein.

Saargemünd. Die allgemeine Geschäftsliste in der lothringischen Grenzregion wurde in einer Verammlung der hiesigen Geschäftswelt als schlecht bezeichnet. Als Grund hierzu wurde der andauernd niedrige Markkurs und die Konkurrenz der deutschen Saargroßhändler angegeben.

Sollfahrplan. Vom Mittwoch, den 2. Juli, an tritt in den besetzten Gebieten ein neuer Personenfahrplan in Kraft, der mit Rücksicht auf die zur Zeit stattfindende Zollkontrolle für diesen Zweck größere Aufenthalte vorsieht. Im Wechselverkehr Baden-Pfalz erleidet der Fahrplan im allgemeinen keine Veränderungen mit Ausnahme einiger Personenzüge von Mannheim nach Ludwigshafen.

Saarbrücken. Eine mit Autos ausgestattete effiziente Verbrecherbande brach in der Nacht zum Sonntag in ein hiesiges großes Geschäft ein und raubte für mehr als 100 000 M. Waren. Die Täter sind unerkannt entkommen.

Kreuznach. In den Kreisen Kreuznach und Weinsheim haben die Franzosen ein 400 Hektar großes Gelände beschlagnahmt und halten dort an 5 Tagen in der Woche Artillerieübungen ab.

Magdeburg. In der Nähe des Kruppenübungsplatzes Altenkradow ist ein Waldbrand zum Ausbruch gekommen, der in kurzer Zeit eine gewaltige Ausdehnung annahm. Zur Zeit sind etwa 6000 Morgen Waldbestand vom Feuer angegriffen.

Koblenz. In der Nähe von Siegburg wurde, wie amtlich bekannt wird, ein 19-jähriges Mädchen auf dem Nachhauseweg von 4 Marokkanern überfallen und von zweien derselben vergewaltigt. Das Mädchen befand sich in Begleitung eines jüngeren Arbeiters, der von den marokkanischen Soldaten zu Boden geschlagen wurde und dann fliehen mußte. Die Ermittlungen nach den Tätern blieben erfolglos.

Wraubach. Wie schonungslos die französische Besatzung der deutschen Einwohnerschaft gegenüber vorgeht, beweist die Tatsache, daß ein höherer Staatsbeamter in Wraubach gelegentlich der Verlegung der französischen Besatzung von Niederlahnstein nach Wraubach den Befehl erhielt, binnen 8 Tagen seine Wohnung zu räumen, um dem Kommandanten Platz zu machen.

Berlin. Der „Berl. Lokalanzeiger“ meldet aus Wien: Nach Mitteilungen aus Moskau wurde die Stadt fastent durch einen Explosion zerstört. Der Schaden ist sehr groß.

Berlin. Der „Berl. Lokalanzeiger“ meldet aus Köln: Wie die „Cologne Post“ berichtet, kündigt ein vom britischen Kriegsamt erlassener Armeebefehl einen Wechsel in den englischen Besatzungstruppen an. Die Bataillone, die die Besatzungstruppen ablösen kommen von den Heimatlandorten nach Köln.

Berlin. Laut „Berl. Lokalanzeiger“ trifft die englische Donauflotte am 15. August in Wien ein.

Berlin. Das „Berl. Tageblatt“ berichtet aus Frankfurt/Main: Auf der aufgefundenen Gewehr- und Munitionsvorräten im Keller des Wochler Metzgerhandlungs wurden erneut weitere 500 Gewehre, eine Menge Munition und andere Waffen in einer Sachwirtschaft gefunden. Die Gewehre stammen aus Bayern.

Strohburg. Wie die „Freie Presse“ mitteilt hat der Metallarbeiterverband von einem Lohnabbau entgegenzuwirken, die sogenannten „passive“ Resistenz proklamiert. Daraufhin haben einige Firmen ihre Betriebe stillgelegt. Bei einer Firma in Schillingheim haben die Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen und die Lohnreduktion anerkannt.

Kolmar. Das hiesige Obergerichtsgericht hatte den Mülhauer Kommunistenführer Alenbach wegen anarchistischer Propaganda zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt, nachdem er zuerst von der Mülhauer Strafkammer 2 Monate Gefängnis erhalten hatte. Die Verurteilung erfolgte aufgrund verschiedener Artikel, in welchen die Soldaten zum Ungehorsam aufgefordert wurden.

Berlin. Das „Berl. Tageblatt“ meldet aus Halle: Der drohende Generalstreik in der Sonneberger Spielwarenindustrie ist durch eine 25prozentige Lohnerhöhung an sämtliche Arbeiter vermieden worden.

Letzte Nachrichten

Ankauf von Getreide und Futtermitteln im Ausland

Berlin, 19. Juli. Es ist in den letzten Tagen zwischen der Einfuhrgesellschaft für Getreide und Futtermittel mit Zustimmung des Reichsfinanzministeriums und des Reichsfinanzministeriums ein Abkommen mit einer größeren Gruppe englischer Großhändler (u. a. Varing, Kleinwerth, Morgan, Rothschild und Schröder) getroffen worden, nach dem der Einfuhrgesellschaft ein Kredit in der Höhe von zunächst 3 Millionen Pfund in der Weise zur Verfügung gestellt wird, die für die zu tätigen Getreideeinfuhren von Lieferern, die Verschiffen auf die genannten Banken ziehen. Auf diese Weise können die noch erforderlichen Mengen Brotgetreide im Ausland zu recht günstigen Bedingungen erworben werden.

Argentinische Verhandlungen mit Deutschland

Berlin, 20. Juli. Ende Juli treffen Dr. Horatio Oyhanarte und Dr. Salado Piquer in Berlin ein, um im Auftrag der argentinischen Regierung mit den deutschen Regierungskreisen über Fragen von besonderer Bedeutung für beide Länder, besonders über das Auswanderungs- und Transportwesen zu verhandeln. Oyhanarte war einer der ersten Vorkämpfer für die argentinische Neutralität im Weltkrieg und gilt als die rechte Hand des Präsidenten. Piquer ist außerordentlicher Gesandter Argentiniens bei den skandinavischen Ländern. Er hat lange in Berlin gelebt und kennt das deutsche Wirtschaftsleben sehr genau.

Todesurteil gegen einen farbigen französischen Soldaten

Mains, 19. Juli. Heute früh 5 1/2 Uhr wurde auf dem Großen Sand bei Gonsenheim der Hausmörder Mohamed Ben Ahmed von der 1. Reichsmarinewerkkompanie des 68. marokkanischen Schützenregiments, der am 27. Mai vom Kriegesgericht beim Hauptquartier der Rheinarmee wegen Mordmordes an dem Kaufmann Burgmann in Höchst a. M. zum Tode verurteilt worden war, erschossen. Die Exekution dauerte nur einige Sekunden. Der Delinquent zeigte volle Kaltblütigkeit und räumte, bis ihn die Kugeln niederstreckten.

Die Verreichlichung der Wasserstraßen in Bayern

München, 19. Juli. Der bayerische Landtag hat in seiner heutigen Vollversammlung die Regierungsvorlage über den Übergang der Wasserstraßen auf das Reich und über den Ausbau der Main-Donau-Wasserstraße einstimmig angenommen. Die Regierung hatte darauf hingewiesen, daß es sich hier um eine der bedeutendsten Vorlagen, so um den Wendepunkt in der Verkehrs- und wirtschaftlichen Entwicklung Bayerns handle.

Heute vormittag 9 Uhr sind in München maßgebende Vertreter, darunter auch solche des Reiches, zusammengetreten, um sich über die Gründung einer Aktiengesellschaft zum Ausbau der Main-Donau-Schiffahrtsstraße schlüssig zu werden.

Umwandlung der Freiheitsstrafen in Geldstrafen

München, 19. Juli. Nach einer Mitteilung des bayerischen Justizministeriums wird gegenwärtig im Reichsjustizministerium ein Gesetzentwurf über die Umwandlung von Freiheitsstrafen in Geldstrafen beraten. So soll künftig eine Freiheitsstrafe von einem Tag mit 150 M. Geldstrafe gleichgesetzt werden (bisher 15 M.). Die Vorlage wird schon in der nächsten Sitzung erörtert, so daß die neue Bestimmung am 1. Oktober in Kraft tritt.

Ein Dorf mit 70 Häusern eingäschert

Allenstein, 19. Juli. Die „Allenstein Zeitung“ meldet: Das Dorf Gimmendorf im Kreise Neidenburg ist durch eine Feuerbrunst vollständig eingäschert worden. 70 Häuser sind ein Raub der Flammen geworden. Die Verluste erleiden großen Schaden, da sie nur gering versichert sind. Die Entfesselungsurache des Brandes ist noch nicht bekannt.

Blutige Zusammenstöße mit den Aufständischen

Sobotska, 20. Juli. Hier kam es anlässlich der Entlassung der hier befindlichen Aufständischen zu blutigen Ereignissen. Von den Aufständischen in Stärke von zwei Regimentern leistete nur ein kleiner Teil der Unterstützung die Waffen abzuliefern Folge. Als Grund des Ungehorsams geben die Meuterer an, der Staat schulde ihnen Geld in deutscher Währung. Ein Major versuchte die Aufständischen zu beruhigen, was jedoch nicht gelang. Im Ganzen gab es 15 Verwundete, bis die Meuterer in die Kasernen zurückgebracht und entwaffnet werden konnten.

Schwierige wirtschaftliche Verhältnisse in der Schweiz

Basel, 19. Juli. In den letzten Tagen haben wieder zahlreiche schweizerische Maschinenfabriken den Betrieb zum Teil ganz eingestellt, zum Teil die Arbeitszeit bis auf 20 Stunden pro Woche reduziert. Das Fleisch ist wieder ganz erheblich im Preis gestiegen. Eine Anzahl Gewerkschaften fordern schnelle Einberufung eines außerordentlichen Gewerkschaftskongresses. Im Zusammenhang mit der großen Arbeitslosigkeit steht ein großer Zulauf zu der französischen Fremdenlegion, deren Bewerber eifrig tätig sind. Tausende von Schweizern schicken sich jetzt an, ihre Ferien am Bodensee, im Schwarzwald, im bayerischen und württembergischen Allgäu zu verbringen. Die deutsche Handelskammer in der Schweiz hat mit dem Verband schweizerischer Großhändler ein Abkommen geschlossen, wonach beide Parteien künftig gemeinsam die gütliche Regelung von Lieferungsstreitigkeiten überall da in die Hand nehmen wollen, wo Mitglieder oder Korrespondenten beider Vereinigungen betroffen sind.

den pro Woche reduziert. Das Fleisch ist wieder ganz erheblich im Preis gestiegen. Eine Anzahl Gewerkschaften fordern schnelle Einberufung eines außerordentlichen Gewerkschaftskongresses. Im Zusammenhang mit der großen Arbeitslosigkeit steht ein großer Zulauf zu der französischen Fremdenlegion, deren Bewerber eifrig tätig sind. Tausende von Schweizern schicken sich jetzt an, ihre Ferien am Bodensee, im Schwarzwald, im bayerischen und württembergischen Allgäu zu verbringen. Die deutsche Handelskammer in der Schweiz hat mit dem Verband schweizerischer Großhändler ein Abkommen geschlossen, wonach beide Parteien künftig gemeinsam die gütliche Regelung von Lieferungsstreitigkeiten überall da in die Hand nehmen wollen, wo Mitglieder oder Korrespondenten beider Vereinigungen betroffen sind.

Amerika und die Abrüstungskonferenz

Paris, 19. Juli. Wie „New York Herald“ aus Washington gemeldet wird, hat das Staatsdepartement in großen Zügen den Standpunkt der Vereinigten Staaten zum Programm der Abrüstungskonferenz wie folgt angedeutet: 1. Die Vereinigten Staaten bereiten sich selbst keinerlei Programm vor und erwarten, daß die Konferenz sich darüber selbst schlüssig werde. Mit ihrer Einladung verfolgt sie nur das allgemeine Gebot. 2. Sie rechnen darauf, daß die Mächte sich vor dem Zusammentritt der Konferenz auf diplomatischem Wege über die zu beratenden Fragen einigen würden. 3. Jede beteiligte Macht könne im voraus gewiß sein, daß sie durch ihre Zustimmung zur Beratung eines besonderen Gegenstandes nicht auf ihr Recht verzichtet, später die Beschlüsse der Konferenz zu billigen oder abzulehnen. 4. Die Vereinigten Staaten suchen Einfluß in einer Anzahl von Punkten in das Konferenzprogramm zu nehmen, die mit dem Zweck der Konferenz nichts gemein hätten und den Erfolg in Frage stellen könnten.

Die belgischen Sozialisten schicken eine Botschaft auf den Görlicher Parteitag

Brüssel, 19. Juli. (Agence belge.) Der Generalkongress der sozialistischen Parteien beschloß, die Einladung der belgischen Mehrheitssozialisten, sich auf ihrer nächsten Konferenz vertreten zu lassen, anzunehmen. Besondere wird die belgische Partei vertreten. Es wird aber betont werden, daß diese Beteiligung am Kongress der Mehrheitssozialisten in keiner Weise eine Gegengewicht gegen die unabhängigen Sozialisten in sich schließt, mit denen man nur gute Beziehungen wünscht.

Ausweisung von Russen aus Dresden

Amsterdam, 20. Juli. Der Berliner Korrespondent der amerikanischen „Hearst-Presse“, Karl Wigand meldet nach Remhorst, daß der frühere russische Kriegsminister, der sich in der letzten Zeit auf dem weißen Hirsch bei Dresden aufhielt, von der dortigen Polizeibehörde mit 24stündiger Frist ausgewiesen wurde. Der gleichfalls auf dem weißen Hirsch weilende Witz von Hohenborn habe sich ins Mittel gelegt und daraufhin sei dem russischen Kriegsminister die Aufenthaltserlaubnis um eine Woche verlängert worden. Der russische Kriegsminister wird von Dresden nach Berlin überstellt, wo er seine Memoiren zu schreiben gedenkt. Als Grund für seine Ausweisung aus Dresden sei die Beteiligung an monarchistischer Propaganda angegeben worden.

Rußland kauft Schiffe

Christiania, 19. Juli. Das Dampfschiff „Brann“ von 3200 Tonnen ist für 32 000 Pfund Sterling von Norwegen nach Rußland verkauft worden. Rußland hat außerdem 20 andere Fahrzeuge gekauft, die zusammen nach Archangelsk gehen sollen. Die Schiffe gehen von Archangelsk nach dem Jenissei, wo sie mit dort aufgeladenen Exportwaren aus dem Norden Rußlands beladen werden sollen. Die übrigen Schiffe liegen in verschiedenen Häfen. Die meisten der gekauften Schiffe sind englischen oder deutschen Ursprungs. Vom Jenissei werden die Waren auf kleinere Fahrzeuge den Fluß hinauf geführt werden.

Belagerungszustand in Petersburg

Kopenhagen, 20. Juli. Wie dem „Daily Mail“ von hier gemeldet wird, hat die russische Regierung über Petersburg den Belagerungszustand verhängt. Es ist dies die Folge von schweren Kravallen, die dieser Tage unter der Hungerleidenden Bevölkerung ausgebrochen waren und nur durch starke Truppenaufgebote niedergeschlagen werden konnten.

Ausrufung einer indischen Republik?

London, 19. Juli. Der Korrespondent der „Daily Mail“ meldet aus Britisch-Indien, daß sich dort die Stimmung in einer nationalistischen Richtung ausmächtigt. Der Vohott soll überall stärker aufgenommen werden. Sogar bei dem Besuch des Prinzen von Wales wird ein dezentiger Vohott ausgesprochen. Die extremsten Blätter sprechen sogar von der Ausrufung der indischen Republik zum 1. August. Wenn das zutrifft, wird mit großen Kämpfen zu rechnen sein.

Neuwahlen in England

London, 19. Juli. Lord George bestatigt, im Oktober oder November Neuwahlen auszusprechen, um sich vom englischen Volk Vollmacht für seine event. Beteiligung an der Washingtoner Konferenz erteilen zu lassen.

Schriftleitung: Georg Schöpslin. Verantwortlich für Artikel, Politische Überfahrt und Letzte Nachrichten Hermann Rabel; für Babilische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Giese; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Billigste Bezugsquelle für Damen-Konfektion. Wegen Umzug nach meinem Hause Wilhelmstrasse Nr. 36 unterstelle ich mein Lager einem Grossen Ausverkauf. Niemand versäume diese Gelegenheit, gute Ware zu weit herabgesetzten Preisen zu kaufen. Daniels Konfektionshaus Wilhelmstrasse 34, 1 Treppe - Telefon 1846.

Wahlblümlin Reinigungskraft kauft FLAMMER Tüfel und Tüfelputzmittel. HERSTELLER KRAEMER & FLAMMER HEILBRONN

Frische Landeier Mk. 1.60. Butter, Schmalz u. weißer Käse. Milchzentrale. Lanterbergstraße 3. Laden geöffnet von 8-12 und 2-6 Uhr.

Volkshandlung der sozialdem. Adlerstr. 16. befindet sich

Wahlblümlin Reinigungskraft kauft FLAMMER Tüfel und Tüfelputzmittel. HERSTELLER KRAEMER & FLAMMER HEILBRONN

Geld auf Hypothek etc. in jeder Höhe auszuliehen durch August Schmitt, Karlsruhe, Friedrichstraße 43. Telefon 2117. Druck-Verarbeiten aller Art liefert Buchdruckerei Ged & Cie.

